

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohnenpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.—Mt., bei Selbstabholung 7.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 24.—Mt., für einen Monat 8.—Mt. — Preis der Einzelnummer 10 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto-Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13698. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4506

Insetatenpreise: Die 7 gefaltete Kolonialzeile oder deren Raum 2.50 Mt., bei Platzvorrichtung 3.—Mt.; Familiennachrichten, die 7 gefaltete Zeile 2.—Mt. Reklame-Kolonialzeile 10.—Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Verhandlungen in London.

Der Stand der Verhandlungen.

Die Verhandlungen zwischen Lloyd George und Briand nähren ihren Fortgang, ohne daß sie bisher ein greifbares Ergebnis gezeigt hätten. Der Gedanke einer Neutralisierung des besetzten Rheingebietes erhält sich aufrecht. Die Voraussetzung dazu wäre ein Garantievertrag Englands, der nach Aussöhnung Lloyd Georges von Deutschland gegengezeichnet werden müsse. Wahr dementiert Briand kategorisch alle diese Nachrichten. Eine Meldung lautet:

Briand erklärt dem Sonderberichterstatter des *Martin*, die Meldung, Lloyd George habe eine Entente zu Drei mit Deutschland als Partner vorgeschlagen, sei reine Erfindung. Nicht ein Wort davon sei wahr. Demgegenüber hält der Sonderberichterstatter des *Echo de Paris* die Nachricht aufrecht, daß Lloyd George einen derartigen Vorschlag unterbreiten wolle. Er habe ihn noch nicht entwickelt und behalte sich ohne Zweifel seine Einbringung für eine günstigere Zeit vor.

Im Gegensatz zu dem Dementi Briands hält der *Manchester Guardian* den Gedanken der Neutralisierung der Rheinländer unter Hinzuziehung Deutschlands aufrecht. Er erhält seine Informationen zweitlos aus den Kreisen der englischen Regierung. Die Politik Lloyd Georges, so teilt er mit, sei folgende:

Großbritannien ist bereit, die französischen militärischen Sicherheiten auf folgende Art zu garantieren: Zunächst müssen die Reparationsschwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden. Zu diesem Zweck sei Großbritannien bereit, den gesamten Reparationsplan zu revidieren. Frankreich und Belgien sollen ihre verlustreichen Gebiete durch Deutschland nach der Methode des Wiesbadener Abkommens wiederhergestellt erhalten. Großbritannien gibt seine gesamten Forderungen an Deutschland auf mit der Bedingung, daß das verlustreiche Gebiet Großbritanniens sein Handel ist, und daß die einzige Art der Erholung die Wiederherstellung des europäischen Handels, an die Beseitigung der künstlich durch ein fauliges Reparationsystem geschaffenen Atmosphäre geknüpft ist.

Großbritannien stellt jedoch Bedingungen. Die erste und wichtigste, auf die, wie verlautet, Lloyd George dringen werde, sei daß Frankreich sowohl zu Lande als auch zur See abrücke. Die Mitteilung, daß Frankreich seine Forderungen nach einem größeren Flottenverhältnis aufzugeben habe, geht Lloyd George nicht weiter, neige Ansicht nach müsse Frankreich auch seine U-Boote und seine Zerstörerflotte abrufen. Die von Frankreich als Bedingung für seine Abteilung geforderte Sicherheit soll dadurch garantiert werden, daß die aussichtlich von den alliierten Truppen besetzte Zone westlich des Rheins neutralisiert werde. Ihre Neutralität würde von Deutschland, Frankreich und Großbritannien und möglicherweise auch von Belgien garantiert werden. Keine Partei, die Truppen in diese Zone leide, solle von den übrigen Parteien daraus vertrieben werden. Für Deutschlands passive Neutralität habe dies laut *Manchester Guardian* den Nachteil, daß die französischen Truppen unverzüglich aus der Rheinzone ausrückezögern würden, für Frankreich habe es den Vorteil, daß es eine endgültige Garantie für seine Sicherheit erhalte, falls Deutschland die neutrale Zone verletzen sollte.

Die englische Presse spricht sich mit Schärfe gegen den Gedanken der „Ottomanisierung“ Deutschlands, der in der von französischen Sachverständigen angestrebten Finanz- und Zollkontrolle durch Beauftragte der Garantiekommission zum Ausdruck kommt, aus.

Die Verhandlungen zwischen Briand und Lloyd George werden sich wahrscheinlich bis morgen oder übermorgen hinziehen.

Noch keine Einigung.

Berlin, 22. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der *Vossische Zeitung* wird über die Londoner Konferenz berichtet: Die Verhandlungen zwischen Lloyd George und Briand gehen nur sehr langsam voran. Bisher hat sich, obwohl die Besprechungen in freundschaftlicher Form geführt werden, keine Möglichkeit gezeigt, zu einer Einigung zu kommen. In der Frage der Reparationen und der Zurückziehung der Besatzungstruppen aus dem okkupierten Gebiet sind die Meinungen nach wie vor ebenso verschieden wie am ersten Tag der Begegnung. Die Franzosen vertreten auch in der heutigen Sitzung noch den Standpunkt, daß energische Maßnahmen gegen Deutschland angewendet werden müssen, während Lloyd George befürchtet, dadurch das Kabinett Wirth zu sehr zu erschüttern und die europäischen Schwierigkeiten noch weiter zu vermehren. Die hier geführten Verhandlungen zwischen englischen Sachverständigen einerseits und Rathenau, Blümke und Havenstein andererseits haben wesentlich dazu beigebracht, die Ansichten gewisser politischer Kreise über die deutsche Leistungsfähigkeit zu ändern. Insbesondere plädierte Lloyd George für eine bedeutende Reduzierung der Schuldenlast, die in erträglichen und erfüllbaren Grenzen festgesetzt werden soll. Die französischen Delegierten haben dagegen auch heute die Ansicht vertreten, daß Deutschland nur versuche, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Die Sachverständigen haben den ganzen Tag über ver sucht, eine einheitliche Formel zu finden, die den Bedürfnissen und Wünschen aller Parteien gerecht werden könnte.

Das voraussichtliche Ergebnis.

Berlin, 22. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Das *Leipziger Tageblatt* erläutert aus Paris folgende unter

starkem Vorbehalt aufzunehmende Mitteilung des *transigeant* über das voraussichtliche Ergebnis der Londoner Konferenz.

Erstens: Zwischen Frankreich und England soll ein starkes Band geknüpft werden. Es ist ausgemacht, daß Berlin weder von England noch von Frankreich ohne Einverständnis des andern Partners unterstützt wird.

Zweitens: Es wird eine Vereinbarung nur über die dringenden finanziellen Maßnahmen getroffen, die es Deutschland ermöglichen sollen, im Jahre 1922 die Bezahlungen zu leisten, die Belgien und Frankreich brauchen.

Drittens: Der Oberste Rat soll in einer Tagung, die nach der Londoner Konferenz stattfindet, die Frage der weiteren Zahlungen prüfen und die internationale Wirtschaftsschwierigkeiten zu lösen versuchen. Bei dieser Gelegenheit soll über die große internationale Anleihe gesprochen werden.

Viertens: Über die Ausnutzung des Wiesbadener Abkommens sind auch Frankreich und England nun mehr einig. Ein ähnliches Abkommen zwischen London und Berlin ist im Werden.

Fünftens: In einer Unterredung zwischen Doucheur, Sir Robert Horne und Rathenau soll Doucheur dem deutschen Vertretermann angeben, wie sich von nun an die deutsche Finanzpolitik zu gestalten hat.

Alles, was über diese fünf Punkte hinausgeht, insbesondere die Berechnung der deutschen C-Bonds und die Reorganisation Ruhrs, sollte auf der internationalen Konferenz erörtert werden, an der auch Deutschland und Ruhr teilnehmen müssen. Diese Konferenz werde nicht vor Ende Januar, vielleicht sogar Februar einberufen.

Der Zusammentritt des Obersten Rates.

Paris, 21. Dezember. Der Sonderberichterstatter von *Havas* in London berichtet, daß im Verlaufe der Unterredungen Lloyd George und Briand sich dahin entschieden, den Obersten Rat zu einer Sitzung einzuberufen, die in Cannes während der ersten Januarwoche 1922 abgehalten werden soll. Die Konferenz der Außenminister von Frankreich, England und Italien werde etwas später wahrscheinlich in Paris abgehalten werden.

Abbau der militärischen Kontrollkommissionen?

Verschiedene Blätter berichten, daß General Nollet einen Abbau der militärischen Kontrollkommission vorbereitet und beschlossen habe, die Provoststellen einzuziehen und in Berlin zu zentralisieren. Wie die Telegraphenmittelstelle, liegen an amtlicher Stelle darüber keinerlei Nachrichten vor. Lediglich sei das Auswärtige Amt von dem Vertreter der Militärikommission darum aufmerksam gemacht worden, daß beabsichtigt sei, Anfang des nächsten Jahres die Luftfahrtkommission abzubauen.

Notenwechsel über die farbigen Besatzungstruppen.

Auf eine Anfrage der Reichstagsabgeordneten Kahl und von Schöck über die Verwendung farbiger Besatzungstruppen im Rheinland ist von der Reichsregierung geantwortet worden, daß über diese Angelegenheit mit der französischen Regierung ein Notenwechsel abzuführen habe. Der Wortlaut der Noten werde dem Reichstag zur Kenntnis gebracht werden. Es wurde ferner mitgeteilt, daß im Reichsministerium des Innern eine umfangreiche Zusammenstellung der Ausschreibungen bearbeitet werde.

Ein Abkommen zwischen Japan und der Sowjetrepublik.

Washington, 21. Dezember. (Berl. Tagebl.) Zwischen der Sowjetrepublik des Hernen Ostens und Japan ist ein Abkommen getroffen worden: 1. Die Festung von Wladivostok wird von den Roten Truppen geräumt. 2. Wladivostok wird ausschließlich Handelszentrum. 3. Die von der Regierung in Tschita im letzten Frühjahr in Nikolajewsk mit Japan getroffenen Vereinbarungen bleiben bestehen. 4. Die japanischen Truppen räumen die besetzten sowjetrussischen Gebiete im Laufe des Monats Januar.

Stürmische Zusammenstöße im bayerischen Landtag.

Provokationen Müller-Melningens.

München, 22. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) In der Plenarsitzung des bayerischen Landtags wurde gestern ein Amnestieantrag und ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Festung Niederhönenfeld behandelt. Dabei kam es zu stürmischen Szenen. Der frühere Justizminister Müller-Melningens (Demokrat) beantragte, den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses an den Ausschuß zurückzuweisen und zunächst die Denkschrift der bayerischen Regierung über Niederhönenfeld abzuwarten. Abgeordneter Blumtritt (USPD) bezeichnete dieses Vorgehen als ein Täuschungsmanöver, worauf Müller-Melningens ihn in höchster Erregung angriff, er solle schwören, er habe keine Ehre im Delte. Diese Provokation löste eine stürmische Entrüstung bei der USPD-Fraktion aus. Es fielen Schläge, wie: Chrobachneider! so ein Kerl war Justizminister! usw. Der Präsident konnte lange nicht Ruhe schaffen. Schließlich endete der Turm mit zwei Ordnungsrufen für den Abgeordneten Blumtritt (USPD). Der Amnestieantrag wurde abgelehnt, der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wurde schließlich mit den Stimmen der USPD an den Verfassungsausschuß zurückgewiesen.

Die Kapp-Jusitz.

Ein Verurteilter im Jagow-Prozeß.

Das Reichsgericht verurteilte am Mittwoch nachmittag den Angeklagten v. Jagow zu fünf Jahren Festungshaft und stellte das Verfahren gegen die Angeklagten von Wangenheim und Dr. Schiele auf Grund des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 ein.

Der Jagow-Prozeß hat wahrhaftig mit einer Verurteilung geendet, wenn auch nur mit einer Eindrittel-Verurteilung. Das ist immerhin schon mehr, als mancher Pessimist erwartet hat. Bei der bekannten Verfassung unserer Rechtsplege wäre auch ein glatter Freispruch bezw. die Amnestierung aller dreier Angeklagten nicht ausgeschlossen gewesen. Und die Führung des Prozesses durch den hohen Senat konnte zu allerlei Erwartungen Anlaß geben.

Nun, es ist also doch zu einer Verurteilung gekommen. Die deutsche Republik hat eindreiviertel Jahre nach dem Kapp-Putsch wahrhaftig die Genugtuung, daß ein ganzer Kappist zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt worden ist. Einer von all denen, die in den Märztagen 1920 Hochverrat verübt, wird Strafe erleiden!

Einer! Das ist die etwas magere Bilanz der Justizjagd hinter den Kappisten. Über wie soll das Ergebnis anders sein, wenn ein Lahmer, auf drei Beinen hinkender Amtsschimmel, der auf beiden Augen so schlecht sieht, wie er in diesem Falle zu sehen wünschte, hinter Verbrechern hertröpfelt, die neben allen Errungenschaften der Technik, als da sind Auto und Flugzeug, über gute Verbindungen und helle Freunde in einflussreichen Stellen verfügen. Wozu wäre ein monarchisches Offizierkorps in diversen Reichswehrtruppenteilen und mancherlei Sipo-Hundertschaften denn da, wenn es nicht einmal dafür sorgen könnte, daß monarchistische Putschführer nach ihrem Fiasco unbefristigt ins sichere Ausland entkommen könnten. Die deutschen Obrigkeiten haben anscheinend ihre Hände nicht mit der Ergreifung von Kapisten befleckt; die Herren Schiele und Wangenheim sind von ausländischen Behörden der deutschen Justiz in die Hand gespielt worden. Und Herr v. Jagow zog es im Vertrauen auf das Reichsgericht vor, lieber eine verhältnismäßig geringe Festungsstrafe zu riskieren — es konnte ja auch ein Freispruch werden —, als ein immerhin nicht ganz bequemes Flüchtlingsleben fortzusehen, und stellte sich selbst, nachdem er sicher war, daß ein hohes Reichsgericht ihm die Schrecken der Untersuchungshaft ersparen werde. Also kam die deutsche Justiz schließlich doch in die Notwendigkeit, über Kappverbrecher zu Gericht sitzen zu müssen. Drei Mann hoch erschienen sie vor dem Reichsgericht. Drei Mann, die sich durch Stellung einer Kautions, die sie mit Hilfe guter Freunde aufgebracht hatten, vor der Untersuchungshaft schützen konnten. Ihre Gesundheit ist nicht in jahrelanger Haft zerstört worden, wie die jener kommunistischen Putschisten, die wir vor einigen Wochen hohlsäugig, blutspudend, kaum fähig, sich auf den Beinen zu halten, wie wandelnde Gespenster vor den Schranken derselben Reichsgerichts aufmarschierten sahen. Sie durften hat, selbst gegen Kautions nicht freigelassen werden, denn sie hätten ja trotz der hinterlegten Geldern flüchten oder doch den Sachverhalt verbündeln können. Bei Kavalieren, bei glühenden Patrioten, als welche die drei Jagowiter nach dem Attest eines hohen Gerichtshofes anzusehen sind, war das wohl nicht zu befürchten. Die Angeklagten hatten sich zwar, wie verschiedene aufgefundenen Briefe beweisen, mit Hilfe ihrer guten Freunde über die Zeugenaussagen, die im Vorverfahren gemacht wurden, sehr gut auf dem laufenden gehalten und es ist anzunehmen, daß sie untereinander selbst auch nicht ohne Verbindung waren. Die Aussagen der Angeklagten und ihrer Schuhzeugen weisen in ihren Grundlinien eine verblüffende Übereinstimmung auf, und die Zurückhaltung dieser Zeugen in gewissen Punkten passte vortrefflich dazu. Aber damit ist natürlich nicht erwiesen, daß die Verlassung der Angeklagten auf freiem Fuß zur Verdunklung der Affäre geführt habe. Man kann auch schließen, daß die Übereinstimmung daraus entsprang, daß eben alle die Wahrheit gesagt haben. Und das hohe Reichsgericht ist sicherlich dieser Ansicht gewesen. Es kommt eben alles auf die freie Beweiswürdigung an.

Darauf kommt es auch an bei der Entscheidung, ob die von Wangenheim und Dr. Schiele Führer im Kapp-Putsch gewesen sind oder nicht. Der Oberrechtsanwalt sah sie als Führer an, der hohe Senat ist anderer Ansicht. Herr Reichsanwalt Neumann hat in seiner Anklagerede das führermäßige Heraustreten der Herren bei verschiedenen Gelegenheiten hervorgehoben: v. Wangenheim verhandelte mit den Eisenbahnen, um sie zum Unterlassen des Generalstreiks zu bewegen. Er setzte sich für Durchhalten ein. Er hielt den Kappisten Vorträge über die Ernährungsfrage, die diesem Zweck dienen sollten, er stellte dem Unternehmen seine in weiten Kreisen der Landwirtschaft hochgeehrte Person, den Gründer des Bundes der Landwirte als Landwirtschaftsminister zur Verfügung und warf damit ein erhebliches Gewicht in die Waage.

schale des Putsches. Dr. Schiele war nach dem Urteil eines seiner politischen Freunde in den Kappplänen die rechte Hand Kapp's. Er empfing die Besucher in der Reichskanzlei und fertigte sie ab. Kapp verwiss an ihn. Er griff in die Verhandlung ein, als Kapp dem Dr. Wang das Zugeständnis der jüden- und sozialistentreuen Regierung machen wollte und erklärte dem obersten Führer des Putsches, daß er solche Konzessionen nicht machen dürfe (was sich, so meinen wir, eben nur jemand erlauben durfte, der selbst an der Führerschaft des Abenteuers beteiligt war). Er lancierte den überlebenden Bredereck ab, weil der durch sein Vorbringen die Kapp-Regierung in üblen Ruf zu bringen drohte. Kurz, er trat als Autorität auf. Aber das alles genügt dem Reichsgericht nicht, um die Herren v. Wangenheim und Dr. Schiele als Führer zu erkennen. Sie haben nach Ansicht des hohen Senats nur eine nebenschätzliche Rolle gespielt und was sie in der berühmten Schwabude gesagt haben, das ist nach ihm nicht festgestellt. Sie waren wohl zu größeren Taten bereit, meint der Senat, aber der frühzeitige Zusammenbruch des Unternehmens hat sie davor bewahrt und so kommen sie nur als untergeordnete Mitläufer in Betracht und müssen nach dem Gesetz als amnestiert erachtet werden.

Das Reichsgericht ist damit im Rahmen seiner weiteren Praxis in der Auslegung dieses Amnestieges geblieben. Der erste Strafensatz hat den Kultusminister Traub als Richter angesehen, desgleichen den sehr tätigen Chef der kappistischen Reichskanzlei, v. Falckenhausen, den wichtigen Ministerialrat Doje, den Postminister Kapp, den Herrn Sönnichsen und andere mehr. Von da bis zur Entscheidung des dritten und vierten Strafensatzes über v. Wangenheim und Schiele ist nur ein kleiner Schritt. Der Gesetzgeber, wenigstens die Mehrheit des Reichstages, hat es wohl anders gemeint, aber der deutsche Richter ist es, der das Gesetz auslegt, ohne jede andere Bindung als sein freies Ermessens, das freilich durch das strenge Maß des Rechts bestimmt sein soll. Über über dieses Maß gehen eben die Ansichten je nach der Stellung der Urteilenden weit auseinander.

Überhaupt kann diese Entscheidung niemanden mehr, der das politische und das Rechtsleben in der deutschen Republik nur einigermaßen kennt. Und es ist schier eine Preisfrage, ob man diesen Fall Wangenheim-Schiele als höchste Leistung in der Ausweitung des Amnestieges betrachten will, oder nicht, vielleicht die im Juni d. J. erfolgte Amnestierung jener Autoscheusale, jener Untertoffiziere, die unter grinsender Billigung ihrer vorgesetzten Offiziere wehrlose Gefangene in den Gefängnissen Breslaus in der gemeinsten Weise mißhandeln und geschunden haben. Das hohe Reichsgericht hat damals in seiner Weisheit erkannt, daß diese niederrüttig-brutalen Misshandlungen Wehrloser politische Verbrechen darstellten und deshalb unter die Amnestie fielen. Ob sie zu derselben Ansicht gekommen wären, wenn aufrührerische Revolutionäre an Angehörigen des Bürgertums so vleischig gehandelt hätten, das bleibt der freien Beweiswürdigung der Deffentlichkeit zur Beurteilung überlassen.

"Wer den Brief des Herrn v. Dewitz unbeschwert liest, weiß was darin steht" sagten Oberrechtsanwalt und Reichsanwalt. "Wer den Gang der Beweiserhebung im Prozeß unbeschwert würdig, der weiß, was von den Bedeutungen der Angeklagten zu halten ist, daß sie vor dem Putsch in die Pläne der Kapp und Müttwitz nicht eingeweiht waren, sagen wir. Ihre Ahnungslosigkeit ist eine Fabel, die selbst für politische Säuglinge zu stark ist. Über das hohe Reichsgericht hält ihre Mälzerkeit nicht für überzeugend nachgewiesen. Die Zeugen-aussagen haben allerdings in dieser Hinsicht fast nichts ergeben, die Herren Zeugen waren ja fast alle in demselben Falle, wie die Angeklagten selber, und hatten ein lebhaftes Interesse daran, das Bestehen eines wohlorganisierten monatelang vorbereiteten Putsches nicht zuzugeben. Aber es sind Dokumente da, Briefe Kapp's und anderer, die die Haben der Verschwörung so deutlich aufzeigen, wie man nur wünschen kann. Und es sind nur wenige Bruchstücke des ganzen Gebäudes, die der Justiz noch in die Hände gefallen sind, das meiste ist dank der Vorsicht einiger Berliner Polizeistellen beseitigt gebliebt worden. In dem Verfahren hätte aber trotzdem mehr zutage gefördert werden können, wenn der hohe Senat und wenn die Reichsanwaltschaft etwas eifriger in der Befragung der Zeugen, in der Aufklärung dunkler Punkte, in der Feststellung von Widersprüchen usw. gewesen wäre. Über das wohlwollende Auge, mit dem die Justiz diese Angeklagten und Zeugen betrachtete, war deswegen in dieser Hinsicht wenig scharfsichtig. Eine solche Zurückhaltung der Organe der Justiz, wie in diesem Prozeß haben Kenner unserer Rechtspflege in jahrelanger Praxis selten zu beobachten Gelegenheit gehabt. Diele Zurückhaltung steigerte sich fast bis zur Devotion, wenn Zeugen wie der General Ludendorff vor dem Richtertisch erschienen. Daß Ludendorff einer der Mitverschworenen gewesen ist, einer, der hinter den Kulissen eifrig an dem Zustandekommen und an der Durchführung des Putsches gearbeitet hat, der bis zuletzt sich der Liquidierung des verfehlten Unternehmens widersetzt, steht für uns fest. Der Zeuge Ludendorff war einer der Zugelöpftesten von allen, er huschte über bedenkliche Punkte mit nicht sagenden Worten hinweg. Über sein Verlügen wurde vom Vorsitzenden noch von der Reichsanwaltschaft gemacht, ihn in diesen der Aufklärung bedürftigen Punkten zu etwas deutlicherer Sprache zu bringen. Der unverantwortliche Ratschluß einer hohen Justiz hat Ludendorff davor bewahrt, eine Untersuchung über sich ergehen zu lassen, geschweige denn auf die Anklagebank zu müssen. Er hat ihn auch vor jeglicher Unannehmlichkeit auf dem Zeugenstand bewahrt.

Das sind so einige juristische Reflexionen, die uns angesichts des Reichsgerichtsprachens aufsteigen mußten. Der Raumangst verbietet uns, dieses Thema zu erschöpfen. Bisher soll in dieser Hinsicht nur noch gesagt sein, daß politische Kinder auf den Augenblick warten, da ein hohes Reichsgericht einem kommunistischen Putschführer in ähnlicher Weise wie dem Herrn v. Jagow edelste Motive attestieren wird.

Wie schon gesagt, Sprüche der deutschen Justiz, wie sie auch ausfallen mögen, können Leuten, die nicht in Illusionen leben, keine Überraschung, keine Enttäuschung bereiten. Aber die politische Bedeutung dieses Reichsgerichtsurteils bleibt deswegen nicht minder groß. Dieser Verurteilung eines Kappisten nach eindreiviertel Jahren Frist zu einer verhältnismäßig geringen Festungsstrafe steht gegenüber die Schiedensjustiz, die an den Arbeitern des Ruhrreviers geübt wurde, die wider die Kappisten aufgestanden waren, und die in den Verführten des kommunistischen Osterputzes. Heil, was war das für ein eifriges Jagen auf die proletarischen Opfer! Wie häuften sich Zuchthausstrafen, wie selbstverständlich war die Unterstörfung ehrloser Motive, wie füllten sich die Zuchthaus- und Gefängniszellen mit Opfern! Die deutsche Arbeiterschaft wird diese Kontraste, die der Vergleich dieses Reichsgerichtsurteils mit den Schiedenspräisen der Ausnahmegerichte offenbart, niemals vergessen drücken. In Flammenschrift wird diese Gegenüber-

stellung dem Proletariat ins Hirn schreiben, daß es seine Aufgabe ist, Gerechtigkeit zu schaffen, Klassenjustiz zu betreiben. Und daß es das nur kann, wenn es die Klassenherrschaft umwandelt in eine höhere Ordnung. Dieser Spruch des Reichsgerichts zeigt, daß Justiz und Verwaltung am Haupt und Gliedern reformiert werden müssen, wenn Gerechtigkeit in deutschen Landen werden soll, wenn die deutsche Republik und das deutsche Proletariat vor den finsternen Anschlägen der Gegenrevolution geschützt werden sollen. Ein schweres Werk, das nur durchzuführen ist, wenn die Arbeiterschaft die verlorengegangene Einheit ihrer Front wieder erlangt. Das ist die Aufgabe, die vor ihr steht.

Die Herrschenden und die Rechtssozialisten aber fragen wir, ob sie es wagen können, nach diesem Reichsgerichtspruch noch die Amnestie zu verweltern, die das Proletariat nun mehr denn je leidenschaftlich und entschlossen fordern muß für die proletarischen Opfer, sogenannt republikanischer Justiz.

Die Begründung des Urteils.

Gestern nachmittag wurde der Prozeß gegen die drei Angeklagten v. Jagow, v. Wangenheim und Dr. Schiele mit der Urteilsbegründung beschlossen.

v. Jagow wurde wegen Belhülse zum Hochverrat zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt.

v. Wangenheim und Dr. Schiele fassen unter das Amnestiegesetz vom 4. August 1920. Die Haftbeschränkung gegen beide wurde aufgehoben.

v. Jagow hat seine Gerichtskosten zu tragen, für die beiden anderen übernimmt sie die Staatskasse.

Um 4 Uhr war der Zuhörerraum des großen Sitzungssaales nicht gefüllt. Eine große Menge Hörer mußte mit einem Stehpunkt vertrieben nehmen. Wider Erwarten erfolgt zunächst die

Begründung des Urteils.

Der Präsident des 2. und 3. Strafensatzes gab einseitig das Bild des Tatbestandes, wie es sich nach der Beweisaufnahme wirklich ergeben hat. Es steht fest, daß der Angeklagte Kapp im Auftrage Kapp's eine Menge Amtshandlungen übernommen hat. Er handelte mindestens 10 Telegramme ab, durch die Oberpräsidenten in den Zustand der Zwangsbeurlaubungen gelegt wurden; außerdem hat er eine ganze Reihe von Beamten, die sich nicht folgen wollten, festsetzen lassen.

v. Wangenheim hat das ihm am 14. März angebotene und angenommene Amt des Wirtschaftsministers bereits am 15. wieder zurückgegeben; Amtshandlungen hat er überhaupt nicht vorgenommen.

Dr. Schieles Stellung im ganzen Unternehmen ist eine sehr unklares. Gestellt konnte werden, daß er nur in Versprechungen mit den andern Angeklagten durch eigene Meinung hervorgetreten ist.

Das Unternehmen Kapp-Müttwitz fällt unter die §§ 81,2 und 47 (Hochverrat und Belhülse) des StGB. Sie haben es im bewußten Zusammenwirken mit dem Ziele einer gewaltsamen Verfassungsänderung begonnen, wie aus der Anwendung militärischer Nachmittel klar hervorgeht. Der § 81 ist anwendbar, da er nicht nur die frühere monarchische, sondern jede Verfassung des Deutschen Reichs schützt. Der Einwand der Verteidigung, es hätte sich ja nur um eine vorübergehende Diktatur gehandelt, ist hinfällig, da erwiesen ist, daß die Ziele der Angeklagten überhaupt nicht mit der Verhöhung vom 11. August 1919 in Einklang standen. Ob eine böswillige Absicht vorgelesen hat oder nicht kommt für den § 81 nicht in Frage. Daher ist bei Kapp und Müttwitz um Mord nicht gehandelt habe, ist ausgeschlossen, es liegt strafrechtlicher Irrtum vor.

Obwohl die drei Angeklagten, wie es scheint, vor dem 18. März nichts von den Zielen und Plänen Kapp's und Müttwitz' gewußt haben, haben sie sich nach Kenntnisnahme derselben nicht nur äußerlich betont, sondern die Entwicklung des Unternehmens vorzüglich gefördert oder zu fördern gesucht. Es fragt sich nur, ob sie als Gehilfen oder Mittäter anzusehen sind. v. Jagow ist als seiner strategischen Verantwortung bewußt gewesen, da er nicht als willensloses Werkzeug Kapp's gedient hat, er ist nicht, wie er immer betont, nur im ausdrücklichen Strafzuge Kapp's tätig gewesen. Er hat seine reichen Erfahrungen in den Dienst Kapp's gestellt und das Ministerium des Innern übernommen, er hat sich an seitender Stelle befunden. Die §§ 81,2 und 49 werden auf ihn angewendet. Da der ganz Putsch jetzt noch nachwirkende unheilvolle Wirkungen gerichtet hat, wäre ein hoher Strafmahl anzuwenden, jedoch ist in berücksichtigen daß er aus Vaterlandsliebe gehandelt hat; es wird deshalb unter Abbildung mildernder Umstände über ihn eine Haftungshaft von 5 Jahren mit Trägung der Gerichtskosten verhängt.

Die beiden andern Angeklagten haben eine nur neben-sächliche Rolle gespielt; sie sind nicht als Führer im Sinne des Strafzuges vorgesehen. Sie haben sich nur durch Nebennahme von Anordnungen Kapp's und Müttwitz' derselben beteiligt. Das Verfahren gegen sie wird eingestellt, die Kosten trägt die Staatskasse.

Rösch leert sich der Aufzährraum, alle drei Angeklagten machen fröhliche Gesichter. Schiele freut sich wie ein kleiner König. Einige Minuten wartet noch kurze Zeit, es ist aber keine Gelegenheit zu verschwenden, der Verfahren gegen sie wird eingestellt, die drei waren um 5 Uhr vom Sämt zur Freiheit hinaus.

Die Freiheit zum Urteil im Kapp-Prozeß

Berlin, 22. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Freiheit schreibt über das Urteil im Kapp-Prozeß. Dieses Urteil kommt nicht überraschend. Es wurde geföllt in einem Gericht, von dessen Wänden Kaiserbilder herabhängen, das mit Wallen, Kronen und andern Zeichen einer vergangenen Zeit verzückt ist. Es wurde ausgesprochen von Richtern, die aus einer überholten Epoche stammen, die derselben Klasse angehören, wie die über die sie zu Gericht sitzen sollten. Die Mitglieder mögen allen Säumen des Strafrechtes gerecht geworden sein und von ihrem Standpunkt aus gesehen mag das Urteil ein Muster juristischer Objektivität darstellen und trotzdem bleibt es ein Klassenurteil, nur im umgekehrten Sinne, als man dieses Wort sonst gebraucht. Angehörige der Bourgeoisie haben es über ihre eigenen Klassen und Gesinnungsgenossen gefällt, deshalb mußte es so ausfallen, wie es ausgefallen ist. Es wird sich noch mannißig Gelegenheit bieten über die Einzelheiten des jetzt beendeten Prozesses zu sprechen. Das eine aber sollte dieser Prozeß und dieses Urteil allen Arbeitern erneut zu erkennen geben, wie notwendig es ist, der einheitlichen Festigung der Bourgeoisie den einheitlichen Willen des Proletariats entgegenzusehen. Die vorläufig wichtigste Lehre für uns muß die Erkenntnis sein, daß die Arbeiterschaft nur durch ihr geschlossenes Auftreten endlich die Zukunft besetzen kann, die solche Urteilspräise erträglichen.

Der Vorwärts meldet, — soweit wir sehen, als einziges Blatt — daß v. Jagow durch den Oberrechtsanwalt sofort verhaftet worden sei. Uns ist davon nichts bekanntgeworden. Wir müssen dem Vorwärts die Verantwortung für die Meldung überlassen.

Rathenau Minister des Neuherrn?

Wie die deutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, ist in Berlin unterrichtet, dass das Gericht verbreitet, daß der Posten des Ministers des Auswärtigen, der bei der Neubildung der Regierung unbesetzt geblieben ist, demnächst durch den früheren Wiederaufbauminister Dr. Rathenau besetzt werden soll.

Die Sozialisierungskommission über die Neorganisations der Eisenbahn.

11.

Das Defizit der Eisenbahnverwaltung.

Das Gutachten der Sozialisierungskommission über die Eisenbahnen, dessen ersten Teil wir in unserer Dienstagsnummer abgedruckt haben, beschäftigt sich in seinem zweiten Abschnitt mit dem Defizit der Reichseisenbahnen. Die Darlegungen über diesen Gegenstand sind deshalb besonders beachtenswert, weil sie die Angaben bestätigen, die von den Organisationen der Arbeiter und Beamten mehrfach über diese Frage gemacht worden sind. Einleitend wird bemerkt, daß das Defizit auch im Staatsbetrieb in absehbarer Zeit zu beheben ist. Es wird hervorgehoben, daß der Haushaltplan der Reichseisenbahnen die Höhe des Defizits überhaupt nicht klar erkennen läßt, weil in den Staats-Betriebs- und Kapitalkontos nicht deutlich geschieden seien. Es seien darin große Aufwendungen enthalten, die das Schuldenkapital der Reichseisenbahnen vermehren, ebenso sei der Betriebserfolg darin enthalten. Rechnet man diesen ab, so überschreien die Ausgaben die laufenden Einnahmen 1920 um 73 Prozent, im Jahre 1921 nur noch um 23 Prozent. Auch lämen bei der jetzigen Gestaltung des Haushaltplans die großen Leistungen der Eisenbahn für Heer und Post und auf dem Gebiete des Freihandelswesens gar nicht oder ungenügend zum Ausdruck.

Eingehend besaß sich das Gutachten dann mit der Entstehung des Defizits.

Es wird hervorgehoben, daß der Krieg für die Bahnen eine fortwährende Verlustwirtschaft bedeutete. Es wird hingewiesen auf den Verlust ertragreicher Strecken und des besten Teils des rollenden Materials durch den Friedensvertrag und auf die Herunterwirtschaftung und Zerstörung wertvollen Materials. Während der allgemeine Verlust im Interesse der Kriegsführung eingeschränkt werden mußte, erfolgten die Leistungen für das Heer zu Sähen, die die Selbstkosten nicht deckten. Sehr beachtenswert ist der Hinweis, daß in anderen Ländern, wo sich die Eisenbahnen im Privatbetrieb befinden — wie z. B. in England — die Regierungen nach dem Kriege den Bahndienstleistungen grossfinanzielle Unterstützungen und Entschädigungssummen zahlten. Die schematische Durchführung des 48-Stundentags hatte auf den Strecken mit schwächerem Betrieb eine Verkürzung des Personals von 23-30 Prozent, die Urlaubserweiterung eine weitere von 4 Prozent zur Folge. Ferner erforderte die Durchführung der Bestimmungen der Demobilisierungsvorordnung des Betriebsstättengesetzes, des Lohnabzugsgesetzes usw. eine Verkürzung des Personals. Die Höhe der Entlohnung des Personals ging, wie ausdrücklich vermerkt wird, nicht über das gebotene Maß hinaus. Dagegen übten die Folgen des Kohlemangels, die Zuweisung von Kohle und minderwertiger Kohle, die zu einer Verlängerung der Fahrzeit führten, einen sehr ungünstigen Einfluß aus.

Viel stärker als die persönlichen sind die sachlichen Ausgaben der Eisenbahnen für Betriebsmittel und Betriebsmaterialien getilgt. Von 1913 bis 1920 liegen die ersten um das elffache, die letzteren um das sechzehnfache. Seitdem sind aber weitere gewaltige Steigerungen eingetreten. Nach den Angaben des Verkehrsministeriums verteuerten sich z. B. die Kohlen — nach der letzten Erhöhung der Kohlensteuer — auf das 48fache, Schienen auf das 28fache, Eisenbahnschwellen und Petroleum auf das 30fache, Stahlsäcke auf das 40fache.

Eine weitere Folge des Krieges sind die erheblichen Verlustungen im Verkehr und in der Ausnutzung einzelner Strecken sowohl im Personen- wie im Güterverkehr bleiben die Auto- und Motorwagenskilometer noch wesentlich hinter der des Jahres 1913 zurück. Trotzdem muß der Betriebsapparat an Personal und Fahrzeugen für den stärkeren Betrieb bereitgehalten werden. Verlängerte Umlaufzeiten der Güterwagen, zeitweise Verstopfungen und Störungen des Verkehrs treten hinzu.

Die Erhöhung der Tarife hat nicht mit der Geldentwertung Schritt gehalten. Die Einnahmen sind von 1913-1921 nach den Veranschlagungen auf das 10fache, die Ausgaben aber aus das 18fache gestiegen. Nach den letzten Erhöhungen betrugen die Personentarife vom 1. Dezember an das 8-10fache, die Frachtarife vom 1. November an das 14fache, vom 1. Dezember an das 22fache. Außerdem hoch sind dagegen die einmaligen Ausgaben zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Betriebs, für Neuanschaffungen moderner Lokomotiven, neuer grosser Güterwagen, für Herrichtung schwerer beschädigter Lokomotiven und Wagen, für Bahnhofsneubauten und Umbauten.

Über die Maßregeln zur Befreiung der Ursachen des Defizits liegt das Gutachten, daß die Wiederherstellung des durch den Krieg heruntergewirtschafteten Betriebs nicht aus laufenden Einnahmen bestreiten werden kann, nachdem dies in den vorhergegangenen Jahren versucht worden sei. Dazu sei ein Zuschuss erforderlich. Größte Sparsamkeit und unbedingte Einsparung seien bei der Wiederherstellung notwendig. Nur manche Annahmen und manches Ereignisse müsse verzichtet werden. Der schematische 48-Stundentag für Verkehrsbetriebe sei schlecht durch besondere, den Betriebsverhältnissen Rechnung tragende Bestimmungen im Rahmen des 48-Stundenwochen unter Wertung der Dienstbereitschaft zu erreichen. Das Betriebscomittee mit Aufstellung auf Lebens- und Personensorientierung sei im allgemeinen beizubehalten. Es wird jedoch eine Revision des ganzen Beamtenhauses in dem Sinne empfohlen, daß gewisse Kategorien aus dem Beamtenverhältnis herausgenommen werden und von Fall zu Fall für jede Tätigkeit Anstellung auf Privatdienstvertrag erfolgen kann. Prämien und Altkorde sollen ausgebaut werden.

Im Interesse eines Periodenkontrakts auf die Industrie zur Herabminderung der sachlichen Ausgaben besteht die Kommission den Versuch des Ministrums, durch Abschluß von Verträgen mit Lokomotiv- und Waggonfabriken, die eine Interessengemeinschaft zwischen dem Reich und diesen Betrieben bilden, einen genaueren Einblick in die tatsächlichen Produktionskosten der Industrie zu gewinnen. Vor allem wäre aber ein Preisdruck auszuüben, wenn die Eisenbahn in starkem Maße zur Eigenproduktion übergehe. Zur Anpassung der Betriebsseinrichtungen an die Schwankungen des Verkehrs sollen vor allem überörtliche Personalferven durch bessere Personals- und Augmatieralversorgung geschaffen werden. Weiter soll bei der Gestaltung des Verkehrs mehr auf die Selbstkosten Rücksicht genommen werden. Die Aufzehrung der Tarife an eine etwaige weitere Geldentwertung soll unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Geschichtspunkte schneller als bisher erfolgen. Neuverhandlungen von Betriebsmitteln dürfen nur vorgenommen werden, wenn sie eine grössere Wirtschaftlichkeit mit sich bringen. Für Um- und Neubauten von Bahnanlagen sei stärkere Zurückhaltung geboten.

Am Schlusse des Abschnitts wird gesagt, daß es für die meisten dieser Vorschläge gleichgültig sei, ob der Staatsbetrieb behalten werde oder eine Überführung in Privatbetrieb eintrete. Auch für den Privatbetrieb sei die Wiederherstellung des gesamten Betriebs eine Notwendigkeit während anderseits auch sonst Staatsbetrieb die erforderliche Stärke erhält werden könnte. Besonders hervorgehoben wird der Umstand, daß die Personalfrage bei einer Entstaatlichung die örtlichen und wohl kaum überwindbaren Schwierigkeiten machen würde, weil das Personal nicht verpflichtet sei, überzutreten, anderseits aber das gesamte nicht übernommene Personal dem Reihe zur Last steht.

Schändung Rosa Luxemburgs durch die KPD

Die Artikel über die Broschüre R. Luxemburgs: Die russische Revolution, die jetzt von Levi herausgegeben wird, haben die KPD in grenzenlose Verlegenheit gebracht. Da die Vorstadt Zentrale offenbar aus Moskau noch keine Anweisung hat, wie sie sich zum Inhalt dieser Broschüre und den Artikeln verhalten soll,

greift sie zum alten unbewährten Mittel des plumpen Schwanks. Die Sächsische Arbeitserziehung bringt eine offensichtliche Notiz, worin dreist behauptet wird, Rosa Luxemburg habe nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis auf die Veröffentlichung der Schrift ausdrücklich verzichtet, weil sie sie für unzutreffend hält. Ja noch mehr: Sie habe Clara Zetkin sowie Karl und Auguste gebeten, die Schrift zu vernichten. Aus Pietät habe Clara Zetkin sie aber aufgehoben. So frühere Sekretärin sei jetzt Sekretärin Levin und auf diesem Wege sei das Manuskript in dessen Hände gekommen.

Mit dieser Darstellung vergleiche man, was Levi mitteilt: Im September 1918 sei er eigens nach Breslau gereist, um Rosa Luxemburg zu überreden, von der Veröffentlichung der Artikel, aus denen die Schrift hervorgegangen ist, abzustehen. Er habe sie über nicht überzeugen können, vielmehr habe sich die Verfasserin erst darangemacht, ihren kritischen Standpunkt in der nun vorliegenden Schrift wiederzulegen. Dass sie diese Broschüre nur zum Spaß geschrieben hat, damit sie dann vernichtet werde, ist doch eine so dumme Ausrede, dass die KPD-Zentrale dafür kaum in den eigenen Reihen Gläubige finden wird, geschweige denn in anderen Kreisen. Dass die russischen Machthaber dahin wirkten, dass die Schrift verbannt werde, ist nur zu begreiflich, wissen sie doch genau, dass die Rote Rosa Luxemburgs an ihren Weltbegnadungsplänen, die Illusionen der kommunistischen Anhänger gründlich zerstören wird. Der Schwindel der KPD-Zentrale über die An- und Absichten Rosa Luxemburgs ist eine Leichenschändung sondergleichen, sie wird dazu beitragen, dass die Parteileitung bald vom Schauspiel ihrer unlösbaren Täglichkeit verschwindet.

Ruth Fischer erneut verhaftet.

Wie die Rote Fahne mitteilt, ist am Dienstagvormittag die Kommunistin Ruth Fischer, Führerin des linken Flügels der Berliner Kommunisten erneut verhaftet worden. Ruth Fischer war bereits im Sommer vorübergehend in Haft gewesen.

Wir kennen die Gründe der Inhaftierung nicht, auch die Rote Fahne ist außerstande, solche anzugeben. Es scheint aber, als seien die Berliner Polizeibehörden vom Kommunistenteufel besessen. Gestern meldeten wir bereits von der Verhaftung eines Mitarbeiters der Roten Fahne. Die Berliner Polizei wird durch diese Verfolgungen Ruth Fischer den Märtyrerkrank um ihr wölflich nicht allzu klares Haupt und legt ihr eine Bedeutung bei, die sie tatsächlich nicht hat.

Wann werden sich die Berliner Polizeibehörden endlich von den Methoden Jagows freizumachen verstehen?

Beratungen deutscher und französischer Gewerkschaftsführer über den Wiederaufbau.

Frankfurt a. M., 21. Dezember. Heute nachmittag traten im Volkshausheim die Abgeordneten der deutschen und französischen Gewerkschaften zu einer Konferenz zusammen, die sich in erster Linie mit dem Wiederaufbau der zerstörten Dörfer des Châlinois beschäftigen wird, die von den deutschen Gewerkschaftsorganisationen eine gemeinschaftliche Form des Siedlungshauses vorgeschlagen ist. An der Konferenz, die verteidischer Natur ist, nehmen 16 Franzosen von der Confédération Générale du Travail unter Führung von Tonhaux und Laurent teil. Von den französischen Organisationen sind vertreten die Technikerbünde und der Bauarbeiterverband; auch die Bevölkerung der zerstörten Dörfer ist durch einen Abgeordneten vertreten. Die deutschen Gewerkschaften entsandten sechs Delegierte, die bereits in den Pariser Verhandlungen teilgenommen haben.

Der Irlandvertrag vor dem irischen Parlament.

Dublin, 20. Dezember. Das Sinn Féin-Parlament in Dublin vertrat sich gestern auf heute vormittag 11 Uhr. Michael Collins trat mit Wärme für den Friedensvertrag ein, der Irland die Freiheit gebe, wie es alle Nationen wünschen. Einer der irischen Bevollmächtigten, Barton, verurteilte große Sension, als er erklärte, er und Cavan-Lusin hätten sich der Unterzeichnung des Vertrages widergesetzt. Lloyd George habe jedoch ein Ultimatum unterbreitet, wonach er die Unterzeichnung durch alle Delegierten vor einer gewissen Stunde forderte, widergesetzte der Regierung unverzüglich erneut werden würde. Barton sagte, er und Cavan-Lusin hätten nicht gewagt, eine solche Verantwortung zu übernehmen. Sie hätten daher unterzeichnet und stünden jetzt zu ihren Unterschriften.

Dublin, 22. Dezember. Die Sitzung des Sinn Féin-Parlaments wurde gestern fortgesetzt. Einer der irischen Bevollmächtigten bei den Londoner Verhandlungen, Duffey, kritisierte hart das Ultimatum Lloyd Georges, sagte aber, er fühle sich persönlich, den Vertrag zu unterzeichnen. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung kam es zu einem heftigen Auseinandersetzung zwischen den Anhängern des Vertrages und der Valera.

Die Verhandlungen des Parlaments werden heute fortgesetzt. Nach einer weiteren Meldung sind im Parlament jetzt drei Richtungen vorhanden: die Befürworter der Ratifizierung des Vertrags, die Anhänger der Valeras und die unverzüglich Republikaner.

Dublin, 21. Dezember. (Neuerter.) Mit Rücksicht auf die Unwichtigkeit, ob das irische Abkommen vom irischen Parlament ratifiziert wird, sind die Britischen Truppen aus Irland eingestellt worden. Die Truppen bleiben bis zur Ratifizierung des Vertrags in Irland.

Verhaftungen durch die französische Militärpolizei.

In Düsseldorfer Zeitungen hat die französische Militärpolizei nach Abhaltung von Haftaudienzen eine Anzahl Personen verhaftet, die einem ehemaligen Militärveteranen angehören sollen. Es handelt sich angeblich um Personen, die sich zum Schutz bei etwa ausbrechenden Unruhen Guerillakuppel zur eigenen Verbündigung beschafft haben.

Um den Ruhelohn der sächsischen Gemeindearbeiter.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sendet uns zu diesem Thema einen sehr umfangreichen Artikel, dem wir das die Allgemeinheit interessanter entnehmen:

Im Juli 1919 wurde zwischen dem Gemeindearbeiterverband und dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden ein Tarifvertrag abgeschlossen, der in seinem § 12 folgendes festlegte:

Sämtliche beim Diensteintritt im Vollbesitz der Erwerbsfähigkeit befindlichen Arbeiter erlangten frhestens nach zehnjähriger Beschäftigung bei der betreffenden Gemeinde und vollendetem 35. Lebensjahr Anspruch auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Es sind hierzu in den einzelnen Gemeinden entsprechende Bestimmungen aufzustellen.

Bis dahin halte in Sachsen die Mehrheit der Gemeindearbeiter bereits Anspruch auf Ruhelohn und Hinterbliebenenversorgung, z. B. in Leipzig, Chemnitz, Dresden, Plauen, Meißen und Zwickau. Nur in den mittleren und kleinen Gemeinden war noch wenig bzw. gar nichts geschehen. Auf unser Ersuchen erklärt sich nach längerer Weigerung der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden bereit, Richtlinien für die Ruhelohn- und Hinterbliebenenversorgung aufzustellen. Der Abschluss derselben erfolgte Ende 1920. Danach sollten die einzelnen Mitgliedsgemeinden des Arbeitgeberverbandes aufbau, der die befürchteten Nachteile für die Arbeiter ausschließt und nach einem neuesten eingegangenen Schreiben des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes grundsätzlich auf den Widerstand der Arbeiter nicht mehr stößt. Das Ministerium des Innern und insbesondere der Minister Lipinski hat also nicht gegen, sondern für die Interessen der Gemeindearbeiter gewirkt."

Gewerkschaftsbewegung.

Verständigung zwischen Industrie und Reich über einheitliche Regelung aller Gehälter und Löhne?

Der Berliner Volksanzeiger teilt mit, dass der Plan besteht, die Gehälter und Löhne nicht nur der Staatsbediensteten, sondern auch der Privatwirtschaft einheitlich zu regeln. Der Reichsfinanzminister wird schon in ihrer Zeit die Vertreter der Kommunen zu einer Konferenz zusammenbringen, um Grundsätze zu einer möglichsten Gleichstellung der Beamten in Staat und Gemeinden festzustellen. Gleichzeitig mit dieser Aktion werde eine Konferenz mit der Industrie geplant, um auch in der Privatwirtschaft eine Anlehnung der Gehälter und Löhne mit denen der Staatsbediensteten herzustellen.

Eine gewisse Gleichheit der Gehälter der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten besteht jetzt schon. Durch ein Sperrgesetz ist es den Staaten und Gemeinden verboten, die Sätze der Reichsbedienstetensordnung zu überschreiten. Nur nach unten sind Abweichungen zulässig. Davon hat bisher aber nur Thüringen Gebrauch gemacht, das die höheren Gehälter von Gruppe II ab erhöht hat. Sachsen hat leider vor dem Recht, die Spannung zwischen den Gehältern der oberen und unteren Beamten zu verringern, noch keinen Gebrauch gemacht. Diese Unterlassung wird hoffentlich bald gut gemacht. Wenn die Gehälter der oberen Beamten enger an die Gehälter der unteren Beamten herangebracht sind, dann werden die höheren Beamten hoffentlich auch ihre Sabotage gegenüber einer Besserstellung der unteren und mittleren Beamten aufgeben. Was bei einer nochmaligen Verhandlung über die Gleichstellung der Beamten des Reichs mit denen der Staaten und Gemeinden erreicht werden soll, ist danach nicht recht ersichtlich.

Wichtiger scheint uns der weitere Versuch zu sein, eine Einheitlichkeit der Gehälter zwischen Staat und Privatwirtschaft herzustellen. Der Berliner Volksanzeiger teilt mit, dass der Plan besteht, die Gehälter und Löhne nicht nur der Staatsbediensteten, sondern auch der Privatwirtschaft einheitlich zu regeln. Der Reichsfinanzminister wird schon in ihrer Zeit die Vertreter der Kommunen zu einer Konferenz zusammenbringen, um Grundsätze zu einer möglichsten Gleichstellung der Beamten in Staat und Gemeinden festzustellen. Gleichzeitig mit dieser Aktion werde eine Konferenz mit der Industrie geplant, um auch in der Privatwirtschaft eine Anlehnung der Gehälter und Löhne mit denen der Staatsbediensteten herzustellen.

Am Mai 1921 traten die Tarifkommissionen des Arbeitgeberverbandes und unseres Verbandes in Chemnitz zusammen, um einen Ausweg zu finden, der dem Ministerium die Zustimmung zur Ruhelohnordnung ermöglichen sollte. Trotz schwerer Bedenken erklärten wir uns bereit, der Beitragsleistung zuzustimmen unter der Voraussetzung, dass der Widerstand des Ministeriums zu schaffen. Am 11. Juni 1921 teilte das Ministerium mit, dass es seine Bedenken gegen die Ruhelohnordnungen der Gemeinden, die ohne ortspezifische Regelung erfolgt sind, aufrechterhält. Diese Bedenken blieben auch dann bestehen, wenn die Arbeiter Beiträge leisten, die Gemeinde aber die Träger dieser Ruhelohnkasse bleiben würden. Eine neue Verhandlung fand am 25. Juni statt, ohne dass ein Erfolg in unserem Sinne erzielt werden konnte. Das einzige, was zugestanden wurde, war, dass eine Ruhelohnkasse, deren Träger die Arbeiter sein müssten und zu der beide Teile die gleichen Beiträge leisten, vom Ministerium genehmigt werden würde. Die Vertreter der Organisation erklärten, dass sie eine derartige Ruhelohnordnung ablehnen müssten. Der Arbeitgeberverband suchte dann einen Versicherungsteilnehmer, der die vom Ministerium gewünschte Berechnung aufstellen sollte, fand aber nicht gleich einen und so zog sich die Angelegenheit weiter in die Länge.

Im Oktober nahm die Landesarbeitskommission der Gemeindearbeiter nochmals zur Sachlage Stellung und beschloss, unter den Gemeinderäten eine Urabstimmung darüber zu veranstalten, ob die Arbeiter gewillt seien, zur Arbeitsleistungserledigung zu greifen, um die Ruhelohnordnung zu erreichen. Das Resultat der Abstimmung ist bekannt.

Wenn nun das Ministerium erklärt, eine Ablehnung sei nicht erfolgt, heißt das, die Tatsachen geradzu auf den Kopf stellen. Das Ministerium hat nicht einmal, sondern zu wiederholten Malen erklärt, einer Ruhelohnordnung, wie sie von der Arbeiterschaft verlangt und auch mit dem Arbeitgeberverband vereinbart wurde, nicht zustimmen zu können. Als wir in den Verhandlungen dem Ministerium erklärten, wenn die Ortsgesetze nicht genehmigt würden, dann würden wir mit den Gemeinden, so wie dies in Lettland bereits der Fall sei, die Ruhelohnordnung im Wege des Regulativs vereinbaren, wurde uns erklärt, dass dann die Regierung ihr Aufforderrecht geltend machen und den Gemeinden die Schaffung solcher Regelungen verbieten würde.

Und nun am Schluss noch einige Worte zu den Bemerkungen des Staatsanwalts, dass wir das Ministerium nicht von dem weiteren Verlauf der Angelegenheit unterrichtet hätten. Unser Gauleiter, Kollege Preißler, war mehr als einmal im Ministerium, um von Referenten dieser Angelegenheit, Regierungsrat Schmidt zu erfahren, ob sich die Stellungnahme des Ministeriums geändert habe. Der Herr Regierungsrat sagte einmal, dass einer Ruhelohnordnung, die sich an die Bestimmungen der Beamten anschließe, eine Ablehnung versagt werden müsste, weil sonst kein Vater mehr Ursache hätte, seinen Sohn die Beamtenlaufbahn gehen zu lassen, wenn er als Arbeitnehmer ähnliche Bedingungen für eine Allerheiligenfeier geltend machen und den Gemeinden die Schaffung solcher Regelungen verbieten würde.

Es ist richtig, dass der Arbeitgeberverband am 11. d. M. dem Ministerium einen neuen Entwurf für die Ruhelohnordnung eingereicht hat, nicht richtig ist es aber, dass der Verband dazu noch nicht Stellung genommen hat. Am 12. d. M. hatte der Kollege Preißler an den Minister des Innern ein Schreiben geschrieben, in dem er mittelte, dass wir zu diesem Entwurf eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt hätten und die Anträge gleichzeitig dem Ministerium unterbreitet mit dem Erfüllen, zunächst in kleinerem Kreise eine Aussprache darüber herzuzaufen. Auf diese Aussprache mit den Vertretern des Ministeriums würden wir seit und nun wieder ansetzen müssen, ob das Ministerium seinen Widerstand gegen die Ruhelohnordnung aufgibt oder den Kampf herausbeschwert.

Der Minister des Innern, Genosse Lipinski, gibt uns zu der selben Sache folgende Darstellung:

Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband hat mit dem Verband der Sächsischen Gemeinden einen Entwurf von Ortsgesetzen für eine Ruhelohnordnung geschaffen. Erstmals hat die Gemeinde Glasbach ein nach diesem Entwurf geschaffenes Ortsgeley beim Ministerium zur Genehmigung eingereicht. Das Ministerium des Innern musste pflichtgemäß die rechtliche Seite der Angelegenheit prüfen. Die Prüfung ergab, dass nach § 12a der Reichsversicherungsordnung versicherungsfrei ist, wenn die Anwartschaft auf Ruhelohn im Mindestbetrag der Invalidenrente nach den Sätzen der ersten Lohnklassen gewährt ist.

Es fragte sich nun, ob durch ein behördlich genehmigtes Ortsgeley für die Gemeindearbeiter die Gefahr entstehe, dass die Wirtschaftsbehörde und der Rentenanspruch aus der Reichsversicherungsordnung freitlich verworfen werden könnte. Trotz dieser Tatsache ist der Schaden größer als der Nutzen. Nun wurde geltend gemacht, dass die Abmachungen in Ortsgeley enthalten seien, die nicht der Nachprüfung durch die Aufforderbehörde unterworfen sind. Der Unterschied liegt darin, dass bisher privat rechtliche Regelung erreicht wurde, während nun ein gesetzlicher Anspruch erwartet würde.

Um einen Nachteil für die Arbeiter auszuholen wurde dem Gemeindearbeiterverband und dem Verband Sächsischer Gemeinden aufgegeben, die rechtliche Seite nachzuprüfen und einen Weg zu suchen, der einen Nachteil für die Arbeiter ausgleicht. Das Ortsgeley für Glasbach wurde bis dahin zwar festgestellt, also nicht abgelehnt. Den von Ministerium des Innern vorgeschlagenen Weg sind die beiden Verbände angenommen.

Der Minister des Innern hat persönlich mehrfach Gelegenheit genommen, auf eine den Interessen der Arbeiter entgegengestellte Regelung hinzuwirken und von dem angestellten Referenten des Ministeriums des Innern sind Ende September überhaupt erst die Grundlinien gefunden worden, auf denen sich ein vor einigen Tagen dem Ministerium eingereichter Ortsgeleyentwurf des Ar-

bilgeberverbandes aufbaut, der die befürchteten Nachteile für die Arbeiter ausschließt und nach einem neuesten eingegangenen Schreiben des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes grundsätzlich auf den Widerstand der Arbeiter nicht mehr stößt. Das Ministerium des Innern und insbesondere der Minister Lipinski hat also nicht gegen, sondern für die Interessen der Gemeindearbeiter gewirkt."

Gewerkschaftsbewegung.

Verständigung zwischen Industrie und Reich über einheitliche Regelung aller Gehälter und Löhne?

Der Berliner Volksanzeiger teilt mit, dass der Plan besteht, die Gehälter und Löhne nicht nur der Staatsbediensteten, sondern auch der Privatwirtschaft einheitlich zu regeln. Der Reichsfinanzminister wird schon in ihrer Zeit die Vertreter der Kommunen zu einer Konferenz zusammenbringen, um Grundsätze zu einer möglichsten Gleichstellung der Beamten in Staat und Gemeinden festzustellen. Gleichzeitig mit dieser Aktion werde eine Konferenz mit der Industrie geplant, um auch in der Privatwirtschaft eine Anlehnung der Gehälter und Löhne mit denen der Staatsbediensteten herzustellen.

Eine gewisse Gleichheit der Gehälter der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten besteht jetzt schon. Durch ein Sperrgesetz ist es den Staaten und Gemeinden verboten, die Sätze der Reichsbedienstetensordnung zu überschreiten. Nur nach unten sind Abweichungen zulässig. Davon hat bisher aber nur Thüringen Gebrauch gemacht, das die höheren Gehälter von Gruppe II ab erhöht hat. Sachsen hat leider vor dem Recht, die Spannung zwischen den Gehältern der oberen und unteren Beamten zu verringern, noch keinen Gebrauch gemacht. Diese Unterlassung wird hoffentlich bald gut gemacht. Wenn die Gehälter der oberen Beamten enger an die Gehälter der unteren Beamten herangebracht sind, dann werden die höheren Beamten hoffentlich auch ihre Sabotage gegenüber einer Besserstellung der unteren und mittleren Beamten aufgeben. Was bei einer nochmaligen Verhandlung über die Gleichstellung der Beamten des Reichs mit denen der Staaten und Gemeinden erreicht werden soll, ist danach nicht recht ersichtlich.

Wichtiger scheint uns der weitere Versuch zu sein, eine Einheitlichkeit der Gehälter zwischen Staat und Privatwirtschaft herzustellen. Der Berliner Volksanzeiger teilt mit, dass der Plan besteht, die Gehälter und Löhne nicht nur der Staatsbediensteten, sondern auch der Privatwirtschaft einheitlich zu regeln. Der Reichsfinanzminister wird schon in ihrer Zeit die Vertreter der Kommunen zu einer Konferenz zusammenbringen, um Grundsätze zu einer möglichsten Gleichstellung der Beamten in Staat und Gemeinden festzustellen. Gleichzeitig mit dieser Aktion werde eine Konferenz mit der Industrie geplant, um auch in der Privatwirtschaft eine Anlehnung der Gehälter und Löhne mit denen der Staatsbediensteten herzustellen.

Möglicherweise verbirgt sich dahinter der Versuch, den höheren Beamten noch höhere Gehälter zu verschaffen, als sie gegenwärtig schon haben. Nicht ohne Absicht wird ja immer wieder behauptet, die wichtigsten Kräfte fließen in die Privatwirtschaft ab, weil sie dort besser bezahlt werden. Doch abgesehen davon, auch in der Bevölkerung der Staatsarbeiter usw. und der Arbeiter in der Privatwirtschaft klafft ein großer Unterschied. Würde der zugunsten der Staatsarbeiter ausgeglichen, so wäre dies nur zu begrüßen. Auf keinen Fall darf aber der Versuch gemacht werden, etwa nun die Löhne in der Privatwirtschaft herabzudrücken. Solche Befürchtungen scheinen uns nicht ganz unbegründet zu sein. Die Gewerkschaften werden jetzt aufpassen müssen, damit etwa in dieser Richtung laienhafte Absichten von vornherein erfüllt werden.

Heutiger Börsentagesschluss.

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar 177,5.

Bon Nah und Fern.

Stürme um Helgoland.

Helgoland, 22. Dezember. (TL.) Zum dritten Mal in diesem Herbst wütet in der Nordsee ein Orkan um Helgoland. Schweren Schäden an der Küste der Insel, den Booten und dem Fischereihafen waren die Folge. Die Fischerei wurde schwer beschädigt und mehrere Häuser zerstört. Große Wälle an Lebensmitteln sind fortgeschwemmt worden. Der Damm der Hamburg-Merikita-Linie, der die Verbindung mit dem Festland aufrechterhält, musste die Fahrt aussetzen.

Verbrannte Verlessungen nach Holland.

Berlin, 21. Dezember. Nach einer telegraphischen Mitteilung der holländischen Postverwaltung an das Reichspostministerium ist am 18. der deutsche Bahnpostwagen im Autobus 71 Uiltingen-Hornbostel auf holländischem Gebiet in Brand geraten, wobei 82 Briefstücke erheblich beschädigt worden sind und der Bahnpostwagen selbst zum großen Teil vernichtet wurde.

Explosion in einem Stahlwerk.

Niemhöld, 21. Dezember. In dem riesigen Eisenstahlwerk ereignete sich in der vergangenen Nacht in den Anlagen des Hammerwerks eine schwere Explosion. Drei Arbeiter waren sofort tot. Die Ursache der Explosion ist nicht bekannt. Der Betrieb ist durch die Explosion nicht in Mitleidenschaft gezogen.

Sieben Personen im Schneesturm umgekommen.

Berlin, 22. Dezember. Nach einer Meldung des Lokalanzählers aus Potsdam sind bei einem Absturz im Hohenbühlweg vier Herren und zwei Damen aus Düsseldorf im Schneesturm umgekommen. Als sie auf Skis die Schneekappe verloren, verirrten sie sich bei einem heftigen Schneesturm in eine tiefe Hellschlucht, wo sie einschneiten und ertranken.

Die Grippe in Hamburg.

Hamburg, 21. Dezember. (TL.) Die Zahl der Grippe-Erkrankungen hat in den letzten Tagen hier erheblich zugenommen. Glücklicherweise ist festzustellen, dass der Verlauf der Krankheit in Hamburg gutartig ist. In dem Verhältnis zu der Zahl der Erkrankungen sind nur sehr wenige Todesfälle zu verzeichnen. Von den rund 2000 Beamten des Hamburger Hornbostel-Kreisamts sind zur Zeit etwa 700 erkrankt, davon allein 300 an Grippe. Auch in den Schulen fehlt etwa ein Drittel der gesamten Kinder.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Fleißner in Leipzig.

<

Suchen Sie:

Einen modernen Schlüpfer

Einen Sport-Pelz

Einen eleganten Anzug

oder sonst

Ein passendes praktisches Weihnachts-Geschenk für Herren oder Knaben

dann besuchen Sie uns.

Wir haben stets Auswahl zu verhältnismäßig niedrigen Preisen.

Gebr. Manes

Reichsstraße 11, Ecke Salzgässchen

Spezialhaus für Herren- und Knabenkleidung.

Damnischerscheint:
KARL BREMER
Der
nahende Zusammenbruch
der deutschen Bourgeoisie u. die K.P.D.
INHALT: I. Die Bilanz der drei Jahre / II. Der Ausweg / III. Die Angst vor dem Staatskapitalismus / IV. Die Arbeiterrevolution und die K.P.D. / V. Die Sozialdemokratie am Scheldeweg / VI. Die nächsten Aufgaben.
36 Seiten
Zu beziehen durch
CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 11
sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K.P.D.

ff. Christstollen

in altbekannter Güte.

Mandel-Lebkuchen

SCHNEIDIA
Hollum

von 18 Mk. pro Pfund an

Marzipan u. Baumbehang

Ernst Schneider, Windmühlenstrasse 42

Sind's die Haare — geh zu Heilemann

Zöpfe, Haarteile usw. Gegen Haarausfall, noch zu alten Preisen. Anfertig. all. Art a. eig. Haar.

Frauenhaar-Einkauf auf allerhöchsten Preisen.

Haar-Heilemann, Bayr. Platz, Ecke Nürb. Str.

Aufruf!

Männer und Frauen Leipzigs u. Umgebung!

Jetzt ist es Zeit, Ihre alten künstlichen

Zähne u. Gebisse

gut zu verwerten.

Kaufe Juwelen, Brillanten, Gold-, Platin- und Silbergegenstände täglich von 9—6 Uhr.

G. Jentzsch Nachfl., Goldwarenfabrik
Katharinenstr. 2, Hot rechts — Tel. 16048
(im Hause „Taberna“).

ZIGARETTEN
230 pro 1000. Gold-, Kork- u. ohne Mundstück. Sortiert, goldgelber Tabak, liefert prompt

Zigarettengroßhandlung
Neumarkt 12 und Katharinenstrasse 17

Trotz alledem

die Preise um das doppelte gestiegen, bitte an solange Vorrat Rauchtabak per Pfund 21, 28, 30, 35 Mh. Zigarettenabak p.50 Gr. 6, 10, 11, 12, 15 Mh. Zigarren, Zigaretten zu den billigsten Preisen. Karl Appenrodt, Elisabethstrasse 10, I.

Zigaretten
Gold- und ohne Mundstück 15 Pfennige an. noch zum alten Preise von Zigaretten-Spezialhaus, Blücherstr. 11

Berlobungsringe
in 8- und 14 Karat. Gold

in allen Größen vorrätig,
verkauft zu noch billigen Preisen
Immerglück, Ranstädter Steinweg 13.

Sie kaufen vorleihhaft

Aluminium-Röntgenhirre
in hoher Qualität bei

W. Schneider, Härtelstraße 27
Ecke Peterssteinweg
Veranda auch nach außenwärts.

Posten Herrenschnürschuhe
Rindleder, Mt. 135.— per Paar auch einzeln

Seifert & Schumann, Reichenstraße 16.



Sehr preiswerte Konfektion

Herren-Schlüpfer

von prima Plausch- und Ulster-Stoffen sowie tadellosem Sitz
950.00 800.00 675.00

Burschen-Ulster in Größe 38—44

von prima Plausch- und Ulster-Stoffen in schönen mod. Farben
700.00 575.00 450.00

Knaben-Schlüpfer in Größe 1—6

von Plausch- und Ulster-Stoffen in sehr schönen Farben
250.00 200.00 160.00

Knaben-Schlüpfer in Größe 7—12

von Plausch- und Ulster-Stoffen in sehr schönen Farben
375.00 290.00 210.00

Knaben-Pyjacks in Größe 0—7

von schönen blauen, haltbaren Stoffen
180.00 145.00 115.00

Ein Posten sehr billige

Herren- u. Burschen-Ulster

aus guten haltbaren Stoffen

275.00 400.00 550.00

Herren-Anzüge

moderne Fassons und Stoffe von guter Verarbeitung

1100.00 900.00 650.00 490.00

Burschen-Anzüge

flotte Fassons und Stoffe, gute Verarbeitung

850.00 725.00 600.00 425.00

Knaben-Anzüge in Größe 7—12

in Sport-, 1- und 2reihige Fassons

325.00 250.00 220.00

Knaben-Anzüge in Größe 1—6

Schlüpfer, Prinz-Heinrich-Sportfasson, Schul- und Kieler mit langen Hosen
300.00 210.00 130.00

Gestrickte Anzüge (Ersatz für Bleyl) von 245.00

Joppen in Sport und 2reihig, aus kräftigen, haltbaren Stoffen

Herren-Fasson von 98.50 Burschen-Fasson von 98.50

Hosen in verschiedenen modernen Stoffen

Knaben von 40.00 Burschen von 54.00 Männer von 65.00

Berufskleidung

für Metallarbeiter, Bauarbeiter, Schriftsetzer,

Friseure, Fleischer, Kellner usw.

immer vorrätig

Geschäftshäuser

Lindenau

Karl-Heine-Str. 46

Ecke Josephstraße

Reudnitz

Dresdner Straße 55

Nähe Stephanplatz

Konsum-Verein

Leipzig-Plagwitz u. Umgegend

Eintragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. Dezember.

Parteiangelegenheiten.

Vorsicht bei Sammlungen!

An die Gewerkschafts- und Parteigenossen!

Seit einiger Zeit werden in vielen Betrieben Geldsammlungen veranstaltet. Dabei besteht sehr oft gar keine Gewähr dafür, daß die gesammelten Gelder auch zu dem angegebenen Zweck verwendet werden.

Weiter fordern deshalb unser Genossinnen und Genossen auf, sich nur an solchen Sammlungen zu beteiligen, die entweder von dem zuständigen Gewerkschaftsrat oder von der Parteiorganisation der USPD angehören oder von diesen Organisationen unterstützt werden. Alle Sammlungen, die von den Gewerkschaften oder von der USPD ausgehen, werden rechtzeitig durch die Parteipresse benannt gemacht, auch sind die Listen stets mit dem Stempel einer der beiden Organisationen versehen.

Gegenwärtig befinden sich im Umlauf Sammellisten für die hängenden Haushalte und für die Gemeinde- wahlen.

Bezirksvorstand der USPD, Leipzig.
Hauptvorstand der USPD, Groß-Leipzig.
Gewerkschaftsrat der USPD, Leipzig.

Die letzte Sitzung des alten Stadtverordneten-Kollegiums.

Die letzte Sitzung, die letzte in diesem Jahre und die letzte des ersten Kollegiums, das im Jahre 1919 auf Grund des allgemeinen und gleichen Stimmrechts gewählt worden war, verlief ohne größere Redelsämpfe. Die wichtigste Vorlage des Rats, ein eigenes Asphaltwerk zu errichten, war freilich nicht auf die Tagesordnung gekommen, weil sie im Ausschluß auf Grund des Verhältnisses der bestellten Referenten nicht vorbereitet worden war. Eine zweite wichtige Vorlage, die Festsetzung von höheren Grund- und Gewerbeabrechnungen, wurde mittler in der Beratung an die Ausschüsse zurückverwiesen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gebachte Stadtverordneten-Vorsteher, Genosse Seeger, des verstorbenen Ratsmitgliedes, Genosse Friedlich. Er wäre vor der Wahl zum Ratsmitglied neun Jahre lang Stadtverordneter gewesen. Friedlich wäre eine beschiedene Natur gewesen. Seine ganze freie Zeit hätte er in den Dienst der Stadt gestellt. Die Stadtverordneten und Ratsmitglieder hatten sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben.

Die nächste Sitzung wird am 2. Januar stattfinden. In ihr soll die Wahl des Vorstandes des Kollegiums vorgenommen werden.

Unterstützung der Privatbadeanstalten.

Zur Verhandlung kam eine Eingabe wegen Erhöhung der Unterstützung für die Privatbadeanstalten. Referent war Genosse Kremser. Er empfahl nachstehende Anträge der Ausschüsse: die Eingabe dem Rat zur Erwürfung zu überweisen und ihn zu ersuchen,

1. sofort mit den Besitzern der Bäder wegen Gewährung von Zuschuß zu verhandeln,
2. eine scharfe Kontrolle über die Neufüllungen der Schwimmbäder auszuüben.
3. Vorlegung der Bücher zu fordern.
4. bei etwaiger Schließung der Schwimmbäder mit den Besitzern wegen Übernahme in städtische Verwaltung zu verhandeln.

Genosse Dr. Popitz stellte zu Punkt 4 den Abänderungsantrag, den Rat zu ersuchen, in Erwürfung darüber einzutreten, wie er der bestehenden Schließung der Badeanstalten im Osten entgegenwirken kann, und welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um die Badeanstalten zu erhalten.

Dieser Antrag, sowie die Anträge der Ausschüsse — abgesehen von Punkt 4 — wurden einstimmig angenommen.

Die höheren Gas- und Wasserpresse.

Wiederholte hat sich das Kollegium mit den höheren Gas- und Wasserpresen beschäftigt. Es hat seinen ablehnenden Standpunkt vertreten. Auf Grund der Kohlenkrise aber ist der Verwaltungsrat in der Lage, den Gaspreis zu erhöhen. Der Rat hält die Heraufsetzung auf 2 Mark für ein Kubikmeter für notwendig. Er teilte das dem Kollegium mit, wobei er gleichzeitig betonte, daß dieser Preis bis zum 1. April gelten soll.

Die Ausschüsse des Stadtverordneten-Kollegiums beantragten, bei dem Beschluß des Verwaltungsrats nunmehr Beruhigung zu lassen.

Frau Schumann (Kommunistin) erklärte, sie könne diesem Antrag nicht stimmen. Sie trat für eine Staffelung der Gaspreise ein und beantragte, den Erwerbslosen das Gas nicht zu sperren, wenn sie die Rechnung nicht bezahlen könnten.

Mit diesem Antrag, der rein aus dem Handgelenk geschüttelt war, konnte das Kollegium nichts anfangen. Wenn die Kommunisten praktische Arbeit leisten wollen, müssen sie ihre Anträge schon besser formulieren. Denn nicht nur die Erwerbslosen sind in einer bedrohlichen Lage, sondern auch zahlreiche Industriearbeiter, Dienstboten, Kleintenurer, Schwerarbeiter sind. Sie haben auf

soziale Fürsorge den gleichen Anspruch. Außerdem hätte der kommunistische Antrag sich nur auf einen Teil der Erwerbslosen bezo gen, da nicht alle Gas, sondern Petroleum oder elektrisches Licht brennen.

Genosse Liebmann hielt der Kommunistin vor, daß die Fraktion der USPD ihren Antrag nicht annehmen könnte. Er sei gewiß für eine besondere Untersuchung, doch die müsse sich dann auf alle Erwerbslosen, sowie auf solche Personen beziehen, die sich in gleicher wirtschaftlicher Notlage befinden. Man könne nicht nur die Erwerbslosen herausheben, die Gas verbrauchen. Natürlich müßten die Erwerbslosen und die anderen Notleidenden, die das Gas nicht bezahlen könnten, sozial behandelt werden.

Bürrer Jeremias betonte, daß die Deutschnationalen den Arbeitslosen gern helfen wollten! (Dabei ist gerade diese Partei im Reichstage für die schrankenlose Auswüchserung der arbeitenden Bevölkerung eingetreten!), aber die vorgeschlagenen Wege seien nicht gangbar.

Der Antrag der Frau Schumann wurde abgelehnt. Der Ausschlußantrag dagegen gelangte zur Annahme.

Vorläufiger Abschluß der bürgerlichen und Schulgemeinde.

Zur Beratung kam a) Konto 47 „Abgaben für die bürgerliche Gemeinde“ des Haushaltplans für 1921/22.

Die Ausschüsse beantragten: das Konto zu genehmigen, so weit nötig nach Abzug der zum Haushaltsposten und sonst erforderlichen oder noch zu fassenden, die Einstellungen ändernden Beschlüsse. b) Vorläufiger Abschluß der bürgerlichen und Schul-Gemeinde für das Rechnungsjahr 1920/21, ferner 1. Wiederzuführung des Mehrertrags des städtischen Gewerbesteuers des Jahres 1920/21 dem Rechnungsjahr 1920/21 mit 5 036 000 Mark und 2. Einnahme von 3 000 000 Mark aus der Steuerausgleich-Rücklage 607/1921.

Der Finanzausschuß beantragte: 1. von dem Abschluß Kenntnis zu nehmen und den Ratsbeschlüssen 1 und 2 zu stimmen, 2. den Rat zu ersuchen, a) aus den Rücklagen der technischen Werke 10 Millionen Mark zu nehmen und damit einen Preisausgleichsfonds zu gründen, b) die monatlichen Berichte der Stadtclasse den Stadtverordneten wieder in der früheren Form zugehen zu lassen, insbesondere die Quellen der Vorschüsse anzugeben.

Diese Anträge fanden Annahme, nur die Gründung eines Preisausgleichsfonds wurde abgelehnt.

Die neue Besoldungsordnung.

Es lagen zur Beratung vor die neuen Besoldungsvorschriften für Beamten- und Stellenanwälter, sowie die Besoldungsbestimmungen für die Angestellten, und der Antrag, 5 Millionen Mark nachzubewilligen zur Durchführung der Besoldungsbestimmungen für die Zeit vom 1. April 1920 bis 30. September 1921.

Referent der Vorlage war Bizevorsteher Dr. Junc. Er betonte, was beschlossen würde, sei zum Teil überholt. Die Gehaltslöhne hätten sich geändert. Hier galt das Wort: Alles steht. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden sei durch die gesetzlichen Bestimmungen des Reichs und Staats-illustriert geworden. Es sei eine Gleichstellung der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten erfolgt, soweit sie die gleiche Tätigkeit ausübten. Die Richtlinien für die Besoldung der Gemeindebeamten hielten sich streng an die staatlichen Vorschriften an. Zur Schlüttung von Streitigkeiten sei ein parlamentarisches Schiedsgericht vorgesehen. Die Organisationen der Angestellten hätten den Wunsch gehabt, daß Angestellte nach zehnjähriger Tätigkeit Beamtenrechte erhalten sollten. Der Rat habe die Entscheidung darüber aufgeschoben, weil darüber noch Verhandlungen schwanden. Die Ausschüsse hätten zu der Vorlage noch einige Abänderungsanträge gestellt, die der Redner ausführlich erläuterte.

Genosse Böhle erklärte im Namen der Fraktion der USPD, daß sie sich mit dieser Regelung nicht einverstanden erklären könne. Es würde nach unten zu wenig und nach oben zu viel geboten. Innerlich sei die Fraktion gegen die Vorlage; sie stimmt nur zu, weil hier zwingende gesetzliche Bestimmungen vorliegen.

Hierauf wurden die Ratsanträge sowie die Anträge der Ausschüsse angenommen. Im Anschluß daran wurde dem Rat Ermächtigung erteilt, daß er unter Vorbehalt etwaiger späterer Verrechnung im Monat Januar und — so im Januar die endgültige Regelung noch nicht erfolgt sein sollte — auch im Monat Februar den Ratsmitgliedern, Beamten, Angestellten, Hilfsangestellten, Lehrern an den höheren Schulen die Gehaltslöhne zahlt, die sie erhalten würden, wenn die neue vom Reich mit Wirkung vom 1. Oktober an getroffene Regelung bereits für sie geltend würde, und daß er auch dem Theaterpersonal der künftigen Regelung angemessene Vorschüsse zahlt.

Weitere Erhöhung der Theatereintrittspreise.

Am 15. Dezember berieten die Stadtverordneten das Theatersonto. Dabei wurde besonders von unsern Vertretern erläutert, der Zuschuß von rund 5 Millionen für die städtischen Theater sei hoch, er müsse abgebaut werden, die Konsumanten der Theatern müssen ihre Theaterbedürfnisse selbst bezahlen. Der Rat ist dieser Unregung gefolgt mit einer Vorlage über eine weitere Erhöhung der Theatereintrittspreise um etwa 40 Prozent. Diese Erhöhung soll am 1. Januar in Kraft treten. Bei der Beratung im Kollegium forderte Genosse Liebmann, daß die Preise für die Vereinsvorstellungen nicht in der gleichen Welle gesteigert werden wie die sonstigen Preise, damit den Teilnehmern der Vereinsvorstellungen eine größere Ermäßigung gewährt wird.

Bei dieser Gelegenheit trug Herr Dr. Junc einen kleinen Streit mit seinem Parteigenossen Dr. Herz aus, der vor einer Woche gesagt hatte, hinter großen Kulturaufgaben, wie Unterhalt von Kranthäusern, müßten die Theater zurücktreten. Das ge-

ist Herrn Junc nicht, denn er schwelt in der Illusion der klassischen Kunst, die allen Volksgenossen zugute komme. Genosse Liebmann sagte dem Herrn, daß das Kulturideal unserer Partei nicht die angeblich klassenlose, ethisch-ästhetisch gerichtete Kunst ist, sondern daß es viel höhere Kulturarbeiten ist, wenn die 5 Millionen Zuschuß verwendet werden, statt für das Theater, für Anschaffung von Lernmitteln, Schulbüchern, Beliebungsgegenständen für arme Kinder, Speisung von Schülern usw. Frau Mendelsohn-Bartholdy versuchte noch, den Ausschluß kleiner einzutragen, Schließlich wurde der Erhöhung der Eintrittspreise zugestimmt.

Über die Erhöhung der Grund- und der Gewerbesteuer

kam es zu einer längeren Aussprache, die schließlich dazu führte, daß die Vorlage noch einmal an die Ausschüsse zurückgewiesen wurde.

Über die Erhöhung der Grabpflegegebühren und die Neufestsetzung der Gebühren für Einäscherungen berichtete Genosse Scheib. Den Vorlagen wurde ohne Debatte einstimmig zugestimmt.

Das Denkmal in Seehausen.

Der Rat wollte 1000 Quadratmeter Land in Seehausen zur Errichtung eines Ehrenmales für die im Weltkrieg gefallenen Einwohner von Seehausen zur Verfügung stellen, die Ausschüsse lehnten ab. Der Deutschnationale Schmidt behauptete, es würden nicht 1000, sondern nur 300 Quadratmeter Land gebraucht. Stadtrat Dix sagte, es seien 400 Quadratmeter, dann trat er selbst für die Vorlage ein. Die Rechtssozialisten hielten vor der Abstimmung den Saal verlassen, ebenso die Kommunisten, Genosse Scheib stimmte mit den Bürgerlichen für die Ratvorlage, die so mit 32 gegen 29 Stimmen der USPD angenommen wurde.

Die übliche Tagesordnung.

Die Anschaffung von Betteln für das Krankenhaus gab dem Genossen Dr. Popitz Gelegenheit, zu der Anregung, die Betteln aus den Lazaretten anzulaufen, die jetzt zur Auflösung gelangen.

Bei der Verlängerung des Abommens über die Handelsleistung wünschte Stadtverordneter Rößig eine baldige gesetzliche Regelung des Hochbildungsklausworts.

Außerdem wurden noch eine Anzahl Haushaltkonten erledigt.

Abschiedrede des Vorsitzers.

Nach Erledigung der Tagesordnung eröffnete Genosse Seeger das Wort zu einer Rede, in der er etwa folgendes ausführte:

Mit der heutigen Sitzung hat das Kollegium die Haushaltplanberatung beendet, es sind auch die hauptsächlichsten Vorlagen erledigt. Zugleich aber hat das gegenwärtige Kollegium auch seine leichte Sitzung abgehalten, denn seine Amtszeit ist abgelaufen. Das Kollegium wird sicher in der Geschichte Leipzigs keine geringe Rolle spielen, wenn sich auch seine geschichtliche Bedeutung noch nicht voll beweisen läßt, weil wir ja den Dingen noch zu nahe stehen. Es ist das erste Kollegium, das aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangen ist. Durch die Umwälzung von 1918 haben ja nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen das allgemeine Wahlrecht erhalten. Damit ist der größere Teil der Einwohnerschaft als politisch mündig erklärt worden. Daß die Frauen herangezogen worden sind, hat gezeigt, wie wenig die Einwendungen gegen die Mitarbeit der Frauen berechtigt waren, denn die Frauen haben sich nicht nur bei den bevorzugten Frauenangelegenheiten beteiligt, sondern sie haben den Blick auf das Allgemeine gerichtet, was um so stärker hervorgehoben zu werden verdient, als diese Einstellung und Mitarbeit in sehr kurzer Zeit erfolgte. Je mehr die Frau am politischen Leben und an der Arbeit teilnimmt, desto besser wird ihre Schulung fortgeschreiten im Interesse der Allgemeinheit.

Ich darf darauf hinweisen, daß hier in den drei Jahren eine solche Fülle von Stoff erledigt worden ist, wie es früher nicht der Fall war. Das lag an den Umständen. Über gerade dorin hat sich gezeigt, daß das Parlament im großen und ganzen seiner Aufgabe gerecht geworden ist. Gewiß haben die Wellen der großen weltpolitischen Ereignisse auch in dieses Parlament geschlagen. Dabei sind die Meinungen heftig auseinandergeprallt. Aber der gerechte Beurteiler wird angeben müssen, daß von allen Seiten das Bestreben vorhanden war, über den Einzelinteressen das Gesamtinteresse der Einwohnerschaft wahrzunehmen. Ich glaube, daß damit das Parlament seine Aufgaben erfüllt hat.

Ich halte es auch für notwendig, den Mitgliedern des Kollegiums zu danken, die nun aus ihrem Reiben ausscheiden. Es sind nicht weniger als 33 Kollegen und Kolleginnen, die nicht wiederkehren. Unter diesen sind einige, die ihre ganze Kraft in den Dienst der Gemeinde gestellt und besonders hervorragende Arbeit geleistet haben. Da ist zunächst das dienstälteste Mitglied des Hauses, Herr Bizevorsteher Pöllendorf. Wir haben ihm ehrlich vor kurzem bei seinem 25jährigen Dienstjubiläum Worte des Dankes sagen können. Er ist in einer großen Anzahl von Ausschüssen hervorragend tätig gewesen. Noch während des alten Kollegiums im Jahre 1915 wurde er Mitglied des Präsidiums. Ein besonderes Verdienst des Herrn Pöllendorf ist es auch, daß er sich besonders dafür einsetzte, daß sich die Freiheitserklärung auch unter dem alten Dreiklassensystem an den Stadtverordnetenarbeiten beteiligte. Herr Pöllendorf hat in seiner langen Dienstzeit Gelegenheit gehabt, reiche Erfahrungen zu sammeln, und man mög es sehr bedauern, daß diese Erfahrungen nicht ferner nutzbar gemacht werden können.

Ich wende mich nun zu Herrn Bizevorsteher Dr. Junc, dem arbeitsreichsten Mitglied des Kollegiums. Er hat sich mit seinen

„Also alles in allem,“ sagte Neal, „war der Krieg ein ausgezeichnetes Geschäft für jeden, der etwas zu verkaufen hatte.“

„Und auch für andre. Die französischen Reeder haben 1915 500 Millionen Gewinn eingeholt.“

„Und die Banken! Setzg Millionen Kommissionserlöse für die Abteilung von Anleihen im Jahre 1918!“

Der überlegene Lebardeau-Chatenais, dessen glänzender Schädel das Kerzenlicht widerstrahlte und dessen Hand den feindigen Bart abslochte, folgte, daß Geld zum Gelde fließt, wie der Fluss zum Meere.

„O, es gibt Ausnahmen,“ versicherte Dupont. „Gewisse glückliche Schiebungen haben sehr beschiedene Leute reich gemacht. Sie kennen doch den Fall des kleinen Einführungsbüros, der mit einem Feingefüllt zwei Millionen in einem Tag verdient hat.“

„Oder,“ ergänzte Montignac, „enen des Quicksilfers, der telefonisch von einem besten Schuh herunterfällt.“ Der Mann läßt sich in ein Amtssauto, beugt sich an Ort und Stelle, kauft das Paar Schuhe um 2 Franken und verkaufte es am selben Tag für 20 Franken.“

„Dieser Mann,“ verkündete Lebardeau-Chatenais, „verstand es, aus der allgemeinen Not zu nutzen. Und bei Gott, es haben's nicht wenige verstanden.“

Maxime Dupont lämmte ihm bei und erzählte, er habe einmal einen Kameraden besucht, der bestand auf, ein Depot Kriegsflieger zu bewachen. Es war Winter. Heißt off. Sollte. So verheizte man etwa ein halbes Dutzend Propeller im Tag.

„Nun, das gehört sich nicht“, gab Montignac zu. „Aber wie soll man solchen Missbrauch beitreten? Die Staatsverwaltung leidet an unschuldig. Es genügt oft eine geschickte Eingabe, um einen Fall wie diesen ganz harmlos erscheinen zu lassen, während das Verbrechen eines alten Schachtes den Schuldigen in Konflikt mit den jüngsten Verordnungen bringt. Man zieht sich eben heraus.“

Dieter Mann des Südens verstand die Kunst, sich herauszuziehen, sehr genau.

Herr Julius Giraudet war der Burgunder stark zu Kopf gestiegen. Er predigte:

„Die Verwaltung war während des ganzen Krieges auf dem Hund. Denken Sie doch, auf den Staatsgütern verkaufte man den Zentner eines Papier für 5 Franken, auch zu einer Zeit, als jeder Tödler Praktikanten 40 Franken für den Zentner gab.“

Über die Organisationsfähigkeit der Verwaltung waren die Meinungen geteilt. Jemand bemerkte, man habe nach dem ersten Durcheinander der Mobilisierung versucht, gezielte Verlösungen zum Verwaltungsdienst heranzuziehen. So wurden Mitglieder der Familien Potin und Dubonnet ins Verwaltungssystem berufen, um alle auf den Alkohol bezüglichen Anlegesachen nicht darunter. Aber es waren doch Sachverständige am Werk.

Beim Gemüth der rostigen Gänseleber, die nun ausgetragen wurde, begannen die Gäste von den Söhnen, Schwiegerjüngern und Neffen berühmter Männer zu schwärzen, die sie während ihrer Kriegsverwendung kennengelernt hatten. Dupont hatte im Chateauroux gedient; Pöllendorf war seit Ausbruch der Feindseligkeiten wohlbeachteter Beamter gewesen; Montignac hatte Paris nicht verlassen, außer um in Bordeaux Aufenthalte zu nehmen; Giraudet hatte in seiner eigenen Fabrik Kriegsdienste geleistet.

Sie hatten alle diese Stellungen

Kenntnissen sehr schnell in die umfangreichen Arbeiten eingelebt, so daß er sie völlig beherrschte. Mit ihm verläßt uns eines der zuverlässigsten Mitglieder. Wir bedauern, daß er an dieser Stelle nicht weiter wirkt. Er gehört seit 1909 dem Kollegium an, er war Mitglied des Präsidiums und vieler Ausschüsse sowie Stellvertreter im Kreisanschluß. Damit sind die Verdienste des Herrn Bürgermeisters um das Kollegium und um die Stadt nur ange deutet.

Der ausscheidende Kollege Scheib ist ebenfalls eines der arbeitsreichsten Mitglieder. Er gehört seit 1909 dem Kollegium an. Im Aufnahmeeinschluß war er acht Jahre stellvertretender Vorsitzender. Im Jahre 1910 war er Vizevorsitzender. Daneben war er in vielen Ausschüssen tätig, als Vorsitzender im Tiefbauausschuß, als Mitglied im Steuerausschuß, im Verwaltungsrat im Grubenglockenamt. Genau wie dem vorher genannten Herrn gehört auch ihm der austrichische Dant des Kollegiums.

Das nachstehende dientestliche Mitglied ist Herr Breslauer, der 1914 ins Kollegium eintrat. Er war besonders im Finanzausschuß tätig, man muß seine klare sachliche Weise anerkennen, auch wenn man seiner Meinung nicht zustimmt. Er gehörte ebenfalls zahlreichen Ausschüssen an. Nach ihm ist Herr Joachim das dientestliche Mitglied des Kollegiums. Er war schon 1911/12 Stadtverordneter und trat zum zweitenmal im Jahre 1919 ein. Er war im besonderen im Verkehrsrauschuß tätig und gehörte auch sonst noch Ausschüssen an. Herr Kurze war auch vier Jahre Mitglied des Kollegiums. Auch er gehörte einer Anzahl Ausschüssen an. Im besonderen war er im Tiefbauausschuß und im Finanzausschuß tätig.

Der Vorsitzer gedachte dann anerkennend und dankend der auscheidenden Mitglieder, die 1919 in das Kollegium eingetreten sind, sowie auch derer, die weniger als drei Jahre Mitglied des Kollegiums waren, weil sie als Ersthörner für ausgeschiedene Mitglieder eintraten. All den Damen und Herren, die sich an den Arbeiten beteiligt haben und im Interesse der Stadt tätig waren, gehört unser Dank. Mögen sie mit Freude an die Arbeit hier denken. Wir werden sie nicht vergessen und hoffen, auch später von ihnen welche wiederzusehen.

Darauf nahm Vizevorsitzender Dr. Junc das Wort, wobei er ausführte:

Wir legen das Mandat in die Hände der Bürgerschaft zurück mit dem Bewußtsein, unsre Pflicht erfüllt zu haben. Wir sollen uns nicht Rächer sein, zumal nicht in der Stunde des Scheiterns, aber ich möchte doch ausdrücken, wenn ich auch anerkenne, daß jemand nur wirken kann mit der Überzeugung, daß seine Ansicht die richtige ist, so soll man diesen Glauben auch den anderen lassen. Ich glaube, daß wohl alle das Beste für die Stadt gewollt haben, ich möchte aber beim Scheiden doch zwei Wünsche äußern. Möge das Kollegium nicht vergessen, daß es in der Hauptstadt eine mitverwaltende Körperschaft ist und seinem größeren Kollegen neidlos dessen Aufgaben überlassen. Zweitens möchte ich sagen, jeder habe in dem andern nicht zuviel den Meinen, sondern den Menschen. Wir hoffen, daß der Geist im Kollegium weiter herrschen möge, den gepflegt zu haben wir uns bewußt sind.

Damit war die letzte öffentliche Sitzung des aus Revolutionswahlen hervorgegangenen Stadtparlaments beendet, es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Postdienst am Weihnachtstag.

Am Sonnabend, den 24. Dezember, werden die Poststellen im allgemeinen um 4, die Zahnstellen des Postbeamten bereits um 1 Uhr nachmittags geschlossen. Die Telegramm- und Gesprächsannahme dagegen bleibt wie Werktag offen. Ein Verkauf von Wertzeichen in kleinen Mengen nach 4 Uhr findet beim Telegraphenamt (Grimmaischer Steinweg) und, soweit die Postämter nach dieser Zeit noch Telegramme und Gesprächsanmeldungen vermittelten, auch bei diesen statt. Einzelheiten sind aus den Schalteraushängen der Postämter ersichtlich.

Die Auszahlung der neuen Fürsorgegutscheine steht bei einem Teil der Pfleger noch immer auf Schwierigkeiten. Die Pfleger sind verpflichtet, die Säcke auszuzahlen, die Fürsorgeberechtigten dürfen sich nicht abweisen lassen. Die neuen Säcke betrugen wöchentlich für einen Mann 80 Pf., für eine Frau 70 Pf., für ein Kind im Alter von 6 bis 16 Jahren 52 Pf., und für ein Kind bis zu sechs Jahren 35 Pf.

Die unzureichenden Ratsäpfel. Ein Genosse macht darauf aufmerksam, daß durch die Ankündigungen über den Verlauf der Ratsäpfel der Eindruck erweckt werde, jeder Leipziger Einwohner könne fünf Pfund Apfel erhalten. Das ist nicht der Fall, weil die vom Rat gelieferte Menge dazu nicht ausreicht. Da im Konsumverein auch von Nichtmitgliedern Apfel verkauft werden müssten.

Kleine Chronik.

Altes Theater (Der singende Fisch). Aus der Wirklichkeit kommen wir in der modernen Bühnenbildung, die uns das Sächsische Theater übermittelt, anscheinend nicht mehr heraus. Nach dem famosen Wettkampf mit dem Schatten nun Der singende Fisch! Die Musik ist hier freilich anderes Art, als in dem nicht konstruierten Stück Scholz. Alfred Brust, der Ostpreuße, ist ein Antipode Wedekindes, dessen von einer qualvollen Idee; sein Bild ist gebaut auf die Schrecken des Sexuallebens. Aber im Gegensatz zu dem Prediger der Emanzipation des Fleisches erscheint er eine Abtötung, das leidende Marienleben als Erlösung aus der Hölle der Sinnlichkeit. Brüderliche überhöhte Erotik ringt mit Totschläger. Ein mystisches Heldentum lagert über der Szene. Wirklichkeit und Unwirklichkeit sind frisch gemischt. Brutale Tiefe tritt in den älteren Filzergenerationen auf — die jüngere spricht literarisch und philosophiert, daß es nur so raut. Die Sprache ist stellenweise geholmteschnig, teilsinnig, derart, daß die Grenze des Lächerlichen hart gestreift wird. Trotz allem leuchten dichterische Goldföhner auf. Dieser Musitler ist ein Dichter, wenn auch einer, der auf Baden wandelt, die abgeschnitten werden müssen. Auch sein Werk ist das Bild krankhafter Entwicklung des Geisteslebens, die diese Übergangszeit in bürgerlichen Lager charakterisiert. Ueber die Ausführung und andres morgen mehr.

H. B.

Proletarische Tribüne. A. Wittfogel am Sonntagnachmittag in der Alten Handelsbörse über England und Bergbau in Sachsen sprechen zu hören, war Genuß und Gewinn. Wittfogel hat eine streng methodische und zwangsläufig etwas schematische, auf alle Fälle aber aufschlußreiche und fesselnde Art der Darstellung. Zuerst entwarf er mit wenigen Strichen ein Bild der Entwicklung Englands in den letzten Jahrhunderten und setzte die politische und wirtschaftliche Führerstellung des Inselreichs von der "Situationsrente", d. h. also in diesem Falle der günstigen geographischen Lage, ab. Das zum Sarge gelangte englische Bürgerum wird von der Mitte des 18. Jahrhunderts an zum Träger einer raschen industriellen Entwicklung und nimmt schließlich einen "bieglichen", gegen die Arbeiterschaft nachgebenden Charakter an. Die wirtschaftliche Prosperität ermöglicht auf der andern Seite der Arbeiterschaft eine vorhältnismäßig erträgliche Lebenslage und führt so zum Kleinrentnerstandpunkt und der reformistischen Siedlung der englischen Arbeiterschaft. In Shaw nun sieht Wittfogel einen Vorfahre des sozialistischen (englisch gesprochenen) Gedankens in England. Hiermit weicht Wittfogel von der bürgerlichen Auffassung ab, nach der Shaw vor allem ein Schriftsteller und ein Verfechter von paradoxen, wechselnden Meinungen ist, ein Literat, der in erster Linie gefürtreiheln will. Auch das geht nicht ganz fehl, aber es trifft mehr die Mittel Shaw als seine Ziele. Man kann vielleicht sagen, daß sich in Shaw zwei Seelen, die des sozialen Reformators und des Stepplers unlosbar vereinigt. Vorherrschend ist aber positivum die

sollten auch die Mitglieder des Konsums nicht alle Apfel bekommen.

Offenlegungszeit der Markthalle. Die städtische Markthalle ist am sogenannten Weihnachtsfestabend durchgehend bis 7 Uhr abends für das Publikum geöffnet.

Alle Empfänger von Ruhegehalt aus sächsischen Rassen (Beamte und die hinterbliebenen von sächsischen Beamten können ihre Bezüge für Januar 1922 noch vor Weihnachten bei den sächsischen Ruhegehaltszulässen erheben. Ruhegehalt empfänger (Arbeiter) und die hinterbliebenen von Arbeitern werden von dieser Regelung nicht betroffen.

Die Geschäftsräume der Flüchtlings-Hilfsorge vom Roten Kreuz und der Kriegsgefangenenbehörde befinden sich vom 27. Dezember d. J. ab in der Gerberstraße Nr. 3 (Arbeitsamt, Zimmer 68). Telefon 10121. Geschäftszzeit 8 bis 1/2 Uhr.

Brand auf dem Abladeplatz in Döbeln. Gestern nachmittag wurde die freiwillige Feuerwehr von Döbeln alarmiert. An der Leinstraße war auf dem Abladeplatz glühende Asche abgedeckt worden, die weiter schwelte, so daß die Feuerwehr eingeschritten mußte. Nach einstündiger Tätigkeit war jede Gefahr beseitigt.

Boltzeinachrichten.

Durch ein Auto überschlagen. Zeugen gesucht! Am 18. d. M. führte zwischen 2 und 3 Uhr auf dem Alten Theater ein Automobil aus Leipziger durch ein geschlossenes, schwärzbraun lackiertes Auto umgerissen und dabei verletzt worden. Zeugen des Unfalls werden gebeten, sich schnellstens bei der Kriminalabteilung zu melden.

Warnung vor Verunreinigung der Straßen und Plätze! Nachdem Ende vorigen Monats die Schuhmannschaft angewiesen worden war, gegen Personen, die die Straßen und Plätze der Stadt durch Wegwerfen von Papierstücken, Papierknochen, Obstresten usw. verunreinigen, zunächst mit Verwarnung vorzuhanden, wird nunmehr Abstrafung und Anzeige erlaubt. Erstattung derjenigen nach § 123 der Verkehrsordnung der Stadt Leipzig erfolgen, die immer noch nicht von der Unsitte des Wegwerfens derartiger Gegenstände lassen können, dadurch aber das Straßenschild schänden und der Volksgesundheit entgegenarbeiten.

Lebenmittelkalender für Freitag, den 23. Dezember.

Nur Haushaltungen.

Ausgabe. Büchleinsteck für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf sämtliche vom Ortsamt für Kriegerfürsorge ausgestellte Bezugskarten; Schlußausgabe Freitag und Sonnabend in der Markthalle, Galerie, Stand 150. Jede Kriegsbeschädigten- und jede Kriegshinterbliebenenfamilie erhält eine halbe Büchse (111. Büchse 2 Pf.) zum Gesamtpreis von 15 Pf.

Aus der Umgebung.

gr. Großschocher-Wendorf. Aus dem Gemeinderat. Die letzte Gemeinderatssitzung vor der Aufgabe der Selbständigkeit des Ortes stand an Reichhaftigkeit und Wichtigkeit den übrigen nicht nach. — Zur Erledigung der angemeldeten Rückzahlungen mußte die Poststelle ein Darlehen von einer Million Mark aufnehmen. — An 100 Bedürftige wurden circa 250 Zentner Kartoffeln verteilt; weitere Vorschläge soll der Fürsorgeausschuß unterbreiten. Eine Feststellung der Kartoffelvorräte bei den Großgrundbesitzern des Ortes ergab keine Mehrbedürfnisse. — Der Antrag auf Erhöhung der Gemeinderatsschulden ist vom Ministerium genehmigt worden. — Die Erhöhung der Schornsteinfeuergebühren wurde abgelehnt mit der Begründung, daß die Gemeinden zwar die Erhöhung der Gebührensätze beschließen dürfen, nicht aber die Errichtung eigener Bezirke. — Die angeforderte erneute Gaspreiserhöhung bedeutet eine Verleugnung des Vertrages, deshalb wurde die Zustimmung versagt. — Die Abrechnung über das Flusshaus ergab ein durchaus günstiges Bild. Näheres darüber wird im Verwaltungsbericht, für dessen Drucklegung 2000 M. bereitgestellt wurden, enthalten sein. — Ein Antrag zur Zuwachssteuererhöhung wurde angenommen und damit einige Steuererleichterungen eingetragen. Den vorgeschlagenen Grundstückskäufen und Tauschverträgen zur Vergütung der Spies- und Sportplätzchen und Abrundung des Parks am Flusshaus wurde zugestimmt. Ebenso der Einlegung des Flusshofs in der Turnhalle. — Ferner gelangte zur Annahme die Beleidigungsvorschäfte und die Einstufung der Beamten und Angestellten nach den Bestimmungen des Rates. Auf Antrag wurde beschlossen, Herrn Dr. Freudenthal alle Verträge der öffentlichen und Schularbeitslage zu kündigen. — Die Einverleibungsfrage, die ohne Säuld der Gemeinden auf dem sozialen Punkte angenommen war, hat nämlich eine andre Bedeutung.

Wittigkogel belegte seine Ansicht durch den Hinweis auf das manen Shaw's, des Mitgliedes der Fabrikgesellschaft, des sozialistischen Agitators und Parteiemanns. Vor allem aber durch eine geschickte Auswahl von Stellen aus den Dramen und Romanen Shaw's, in denen die scheinbar festesten Grundsätze der bürgerlichen Weltanschauung einer schonungslosen Art unterzogen werden.

Wittigkogel belegte seine Ansicht durch den Hinweis auf das manen Shaw's, des Mitgliedes der Fabrikgesellschaft, des sozialistischen Agitators und Parteiemanns. Vor allem aber durch eine geschickte Auswahl von Stellen aus den Dramen und Romanen Shaw's, in denen die scheinbar festesten Grundsätze der bürgerlichen Weltanschauung einer schonungslosen Art unterzogen werden.

Diese Stelle las F. Reiss, der wie kein zweiter in Leipzig zum Vorleser und Spieler Shaw's zu zählen ist. Die mellerdichte unbefechtbare Art Shaw's hat in ihrem technisch vollendeten, wundervoll klaren Sprechens einen longenialen Vertreter gefunden. Sein "Professor Higgins" in Shaw's Pygmalion ist als einer der stärksten theatralischen Einzelns der letzten Jahrzehnte in Leipzig im Gedächtnis, und man würde, ihn noch recht oft als "Shawspieler" auf der Bühne zu sehen. Dass wir in Deutschland keinen Schriftsteller von der Art Shaw's haben, ist derartlich, wenn auch leider begreiflich. So darf uns denn meistens nichts daran hindern, uns den Anglo-Iren Shaw nach Möglichkeit zu eignen zu machen.

Agnes des Sarto veronstaltet auf pielsachen Wunsch am zweiten und dritten Weihnachtsfeiertage im Heurlaue heitere Lauten-Lieder-Abende. Karneval sind nur noch in beschränktem Maß vorhanden.

genommen. Durch das Vorgehen der vier Gemeinden war es gelungen, Rat und Bezirk erneut zu Verhandlungen zu bringen, die eine Einigung herbeiführten. Was vorher in Jahren nicht möglich war, gelang jetzt in vier Wochen. Vertragsfestsetzung, dessen Durchführung, Behandlung bei den Gemeinden, dem Rat, dem Bezirk, der Kreishauptmannschaft und dem Ministerium erledigte sich nacheinander mit vorbildlicher Schnelligkeit in dieser kurzen Zeit, so daß die Einverleibung nunmehr schon am 1. Januar erfolgen kann. Dem Einverleibungsvertrag wurde bestimmt und die Unterzeichnung desselben geschilligt. Jedoch wird außerhalb des Vertrages Zulage zu einigen dem Rat unter dem 7. 12. mitgeteilten wesentlichen Punkten erwartet. Die Antwort des Rates entspricht leider nicht den Erwartungen; ein Punkt ist überhaupt nicht beantragt, und das übrige ist verlaßt. Daher ist es trotz mündlicher Zustimmung gleichzimmern. Folgende Anträge wurden angenommen: 1. Der Rat der Stadt Leipzig ist zu erläutern, bei Umbenennung der Straßen des Stadtteils Großschocher-Wendorf a) ortsgeschichtliche Namen zu belassen bzw. auf solche zurückzugreifen, b) folgende Vorschläge zu berücksichtigen: Lüde. An der Ziegelseite, Buttergasse, Hofergasse. An der Mühl-, Wassergasse, Ochsenfurth, Eisplatz, Beinstraße, Karl-Marx-Straße, Hüttenstraße, Weichselstraße, Robert-Blum-Straße, Giordano-Bruno-Straße, Heinrich-Heine-Platz. 2. Das bisherige Gemeinderats- und Konferenzzimmer in der Schule zu Sitzungen, wobei mit seinen Einrichtungen zu belassen. — Wie wissen, daß die Einverleibung nicht das bringt, was die Einwohnerschaft erwartet, möchten aber der Aufsicht des Oberbürgermeisters von Leipzig entgegentreten, nach welcher die Einverleibung der Stadt Leipzig nur erhöhte Kosten verursacht. Bei 60 bis 70 Millionen Mark Grundstückswert würde es der Gemeinde Großschocher leicht sein, mit Hilfe der Anteile an gegenwärtigen Reichs- und Staatssteuereinnahmen ihren Haushaltstan zu balancieren, und könnte ohne Zuhilfenahme unmittelbar Ortssteuergesetze dabei noch wesentliche Kulturaufgaben erfüllen. Wir lassen die vorbeugende Bemerkung des Oberbürgermeisters daher nicht gelten, wie wir auch nicht unter Zustimmung zur Einverleibung von der nicht oder wenig starken Bevölkerung der Bevölkerung abhängig gemacht haben, sondern von der Notwendigkeit, der Entwicklung zu dienen. Wollte man Vorträge und Nachträge der Einverleibung in den Vordergrund schieben, so lägen die letzteren auf der Seite der Gemeinden. — Wir geben hiermit unser Mandat zur Gemeindeverteilung an unsre Wähler zurück in der Gewissheit, es in der nächsten, dem proletarischen Einwohner entsprechen den Weise ausgelöst zu haben, und in dem Bewußtsein, Dienner des Fortschritts und des Sozialismus gewesen zu sein. Seit mit uns die gesamte Einwohnerschaft ihre ganze Kraft ein, auch als Städter an der Befreiung der Menschheit durch den Sozialismus zu wirken, so werden die wirtschaftlichen und vermögenslichen Nachteile der Einverleibung bald überwunden sein.

w. Wiederholt. Gemeinderat. Gegen das parteiische Gutachten des Gutsbesitzers Teulzer-Seehausen in Sachen eines Grundwertveranlagungsturms der Gutsbesitzer Leipzig und Niedel in Wiederholt und gegen den von der Amtsbaupräsidenten statthaftgegebenen Refus soll Anfechtungssache beim Oberverwaltungsgericht erhoben werden. — Der 14. Nachtrag zur Gemeindeverordnung, Zuwohnsteuer heißt, wird in 2. Lesung angenommen. — Der Umgruppierung der Polizeiwachtmänner und Assistenten in eine höhere Gehaltsklasse wird zugestimmt; desgleichen wird der Schulhausmann in Klasse 4 eingeteilt. — Die Polizeiunterstützungslöhne werden einstimmig wie folgt erhöht: 4,50, 5, 6,50, 7,50, 8,50, 12, 10, 8 M. pro Tag. — Dem Antrag der USV-Faktion, Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe für Erwerbslose, Witwen, Kriegerwitwen und Rentenempfänger wird ebenfalls einstimmig zugestimmt. Dieser Betrag und die Unterstützungsstufe sollen durch Anschlag bekanntgemacht werden. — Für den Ausbau von Wohnungen sollen (einheitlich) 25 000 M. Darlehen aufgenommen werden. — Der Vorschlag des Architekten L. Stenzler, Erhöhung der Umlegungsgebühren für den Bahnhof Neu-Wiederholt, wird, rückwirkend ab 1. April 1921, zugestimmt. — Der Beitrag zum Bauunfallversicherungsverband sächsischer Gemeinden wird beschlossen. — Der Antrag der Ortsgruppe der Gemeindebeamten, Aufstellung eines Ortsgerichtes zur Beleidigungsreform heißt, wird dem Verfassungsausschuß übertragen. — Die weitere Erhöhung des Gaspreises der Gasanstalt Wahren von 1,70 M. auf 2 M. für den Kubikmeter wird abgelehnt. Die Gesellschaft soll den Nachweis der notwendigen Erhöhung erbringen in Form einer nachweisbaren speziellisierten Preisaufstellung. — Die Schornsteinlehrkosten sind um 50 Prozent erhöht worden. — Um die Körper- und Gesundheitspflege zu fördern, beschließt der Gemeinderat, einen Sportplatz in der Nähe der Siegelt in einer Größe von 20 700 Quadratmetern zum Preise von ca. 78 000 M. zu erwerben. Es kommt hierbei durch die USV-Faktion zum Aufruhr, es sei eine awingende Notwendigkeit die heutige ungeheure Kosten aufzutragen, um das wieder gutzumachen, was die frühere bürgerlich-reaktionäre Gemeinderatsmeiheit sich an der Bevölkerung verschuldet hat. In dem Streben, nur für ihre Hörer-, Gesundheits- und Wohlfahrtspflege der Bevölkerung keine Mittel übrig gehabt. — Hierauf nicht öffentliche Sitzung.

Sächsische Angelegenheiten.

Ministergehälter und Ministerpensionen in Sachsen.

In der Sächsischen Staatszeitung wird geschrieben: Durch einen Auftrag eines Berliner Blattes über die Dienstbezüge und die Rentegehälter der Reichsminister sind über die

Feinschmecker



rauchen nach wie vor
SALEM
ALEUKUM
GOLD
ZIGARETTEN
Willkommene
Geschenke für Damen
und Herren!

Einkünfte und namentlich die Pensionen der sächsischen Minister halblosen Gehalts herverzogen werden. Man muß sich darüber wundern, daß sie haben entstehen können, weil jeder, der Interesse am politischen Leben hat, in der Lage ist, sich über den wirklichen Sachverhalt zu unterrichten. Er braucht nämlich nur das sächsische Gehegeblatt zur Hand zu nehmen. Die Besoldungen der Minister und die für Feststellung ihrer Aufgegäste gültigen Grundsätze sind kein Geheimnis, sondern von der verfassungsmäßigen Volksvertretung des Freistaats Sachsen öffentlich festgelegt und im Gehegeblatt bekanntgegeben worden. Ebenso hat die politische Presse Sachsen sich vor zweieinhalb Jahren eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt.

Bis zum 9. November 1918 unterstanden die Minister mit Ausnahme des Kriegsministers dem Zivilstaatsdienstgesetz und bezogen als Beamte nach dessen Vorschriften beim Ausscheiden aus dem Dienst ihre Aufgegäste. (Die am 1. November 1918 ernannten vier parlamentarischen Minister erhielten kein Gehalt, sondern lediglich eine Aufwandsentschädigung.) Durch Einführung des parlamentarischen Systems in die Regierung änderte sich die Sachlage von Grund aus. Als Minister erschienen vor dem Landtag nun nicht mehr Beamte, sondern Politiker, die mit Übernahme ihres Portefeuilles für die Allgemeinheit Opfer brachten, weil sie für die Zeit ihrer Ministeritätigkeit ihren Beruf und ihre bisherige Stellung aufzugeben muhten und damit menschlicher Einkünfte einsteuern oder auch dauernd verlustig gingen, ohne daß ihnen ihr Gehalt in jedem Falle dafür einen vollen Ausgleich bot. Ihnen beim Ausscheiden aus dem Amt ein Aufgehalt nach dem Muster der Beamtenpensionen zu zahlen, verbot sich aus naheliegenden finanziellen Rücksichten von selbst, anderseits mußte es unbillig scheinen, Männer, die längere Zeit ihre Kraft dem Staatsdienst zur Verfügung gestellt hatten, im Falle ihres Ausscheidens aus dem Amt ohne jede finanzielle Entschädigung zu lassen. Deshalb erging am 5. Juli 1919 ein besonderes Gesetz über die Dienststellung der Minister, das in § 3 folgendes besagt:

Scheidet ein Minister aus seiner Stellung aus, so erhält er, wenn er sie wenigstens 30 Tage bekleidet hat, seine Bezüge noch auf weitere drei Kalendermonate fortgewährt; außerdem werden ihm, wenn er aus Anlaß seines Ausscheidens seinen Wohnort innerhalb Sachsen wechselt, Umzugskosten erstattet. Die Bezüge werden auf sechs Kalendermonate fortgewährt, wenn die Amtsdauer länger als ein halbes Jahr gedauert hat. Erfolgt das Ausscheiden wegen dauernder Dienstunfähigkeit, so wird Aufgehalt gewährt.

Minister, die aus einem befehlten Staats- oder Gemeindeamt heraußen werden, erhalten beim Ausscheiden aus dem Amt das ihm zustehende Aufgehalt.

Mit diesem am 4. Juli 1919 von der Volkstammer gegen 10 Stimmen angenommenen Gesetz ist das Interesse des Staates gewahrt, so daß er nicht jedem ausscheidenden Minister, auch wenn er nur wenige Tage an der Spitze seines Ressorts gestanden hat, ein lebenslangliches Aufgehalt zu zahlen hat; gleichzeitig ist aber dafür gesorgt, daß nach einer gewissen Dienstzeit ausscheidende Minister eine Entschädigung erhalten, die sie in den Stand setzt, sich wieder eine Stellung in ihrem Berufe aufzusuchen.

Die Bezüge für die aktiven Minister waren in dem erwarteten Gesetz vom 5. Juli 1919 auf jährlich 26 000 M. und 4000 M. Wohnungsgeld festgelegt, entsprachen also genau den unter der Monarchie gezahlten Sätzen. Bei den infolge der Geldentwertung vorgenommenen allgemeinen Erhöhungen der Beamteneinkünfte sind natürlich auch die Diensteinommen der Minister gestiegen, und bei der erst in den letzten Tagen abgeschlossenen Besoldungsreform sind sie auf 180 000 M. erhöht worden, so daß sie mit Teuerungs- und Ortszuschlag rund 223 000 Mark ausmachen. Das ist, rein zahlenmäßig betrachtet, etwa das 7½fache dessen, was unter der Monarchie ein Minister erhalten, der überdies noch sicher damit rechnen konnte, daß er beim Ausscheiden aus dem Dienst ein Aufgehalt bekam. Verlässlich man aber, daß sich die Lebensverhältnisse mindestens im Verhältnis von 1 : 15 verteuert haben, so belommt heute — in Goldmark umgerechnet — ein Minister ungefähr nur die Hälfte des vor der Revolution im Staat erscheinenden Ministergehalts. Das kann ganz gewiß nicht als zuviel bezweckt werden, zumal, wenn

man bedenkt, daß die dem früheren König gezahlte Zivilliste zu einem großen Teil erspart wird. Ein anderer Teil davon, d. h. die Ausgaben für die Theater, erscheint freilich an anderer Stelle im Staat wieder. Der Vorwurf, die fehligen Minister, die von ihrem Gehalt bisher rund 85 000 M. an Steuern zu bezahlen hatten und in Zukunft infolge Neuordnung der Einkommensteuer immer noch 53 000 M. zu zahlen haben, während früher ein Minister nur gegen 2500 M. (staatliche und städtische) Einkommensteuer entrichten muhte, bezogen zu hohe Gehälter und verteuerten die Verwaltung unnötig, ist danach unberechtigt.

Eine Ente.

Die bürgerliche Presse drückte unter der Spitzmarke: Ein neuer unabhängiger Amtshauptmann eine Mitteilung der rechtssoziologischen Dresdner Volkszeitung nach, wonach Minister Späth die Wahrheit habe, den eben zum Gemeindevertreter in Hohenau gewählten Genossen Menke als Amtshauptmann von Dresden-Neustadt zu berufen. Jetzt muß das Dresdner Organ, daß die Ente aufgetischt hat, mitten in diese Nachricht jeder Begründung enthebe.

Dresden. Nach dem Fortschreibungsergebnis betrug die Einwohnerzahl Dresdens am 1. November d. J. 602 000.

Freiberg. Die städtischen Kollegen haben den Preis für das gewöhnliche Gas von 1.80 Mark auf 2.45 Mark (Münzgaz-

2.50 Mark), den elektrischen Stromkreis für Licht von 3 Mark auf 4 Mark, für Kraft von 2.10 auf 3.10 Mark (mit einem Aufschlag von 50 Pfennigen in der Sperrzeit), den Preis für Trinkwasser auf 1.25, für Brauwasser auf 1.15 Mark — alle Preise rückwärts vom 1. Oktober d. J. ab — erhöht. Die Bedürftigsten der Einwohner sollen von der Erhöhung befreit bleiben. Weiter wurde die Hundesteuer für den ersten Hund von 40 auf 60 Mark (für einen Wachhund auf 30 Mark), für den zweiten Hund von 10 auf 20 und für jeden weiteren Hund von 150 auf 300 Mark erhöht. Die Müllabfuhrgrundsatz wurde vom 1. Dezember ab von 45 auf 51 Mark herausgezogen. Der Hypothekenzinsfuß für die von der Sparkasse und von der Stadt aus entliehenen Gelder wurde bei Wohnhäusern von 4% auf 5 Prozent, bei Beleihung von gewerblichen und industriellen Grundstücken bis zu 6 Prozent erhöht.

Versammlungskalender.

Donnerstag, den 22. Dezember:
Werkzeugmacher und Jurister, Volkshaus 17 Uhr.

Gäoler, Volkshaus 5 Uhr.

Freitag, den 23. Dezember.

Gemeinde- und Staatsarbeiter, Volkshaus 17 Uhr.

Volksspielbund, Harmonie (Katholikstraße).

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Tuleraten erläutert.

Eiche, Leipzig. Mittwoch, den 28. Dezember, im Restaurant Marienhof (Venet). Hohe Str. 38. Hauptversammlung aller technischen Funktionäre. Beginn vorsätzlich 6 Uhr abends. — 1. Januar, nachm. 3 Uhr, Vereins-Generalversammlung im Volkshaus (Gartensaal).

Die Techn.-Geschäfts-Vereinsleitung.

Magdeburg Weihnachts I - Welt 03 I Am 26. Dezember. Fußball-Weltspiel auf Sportpark Freie Turnerschaft Lindenau. 1. Weltspiel.

Weil 03. Am 6. Januar 1922, abends 7 Uhr, im Goldnen Adler, Generalversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist wichtig.

L.-Eutritzh. Turn- u. Sportverein Vorwärts. Am 2. Weihnachtsfeiertag, vorm. 10 Uhr, Bühnen-Schaufurnier dazu künftliche Wandschau im Etabl. Golentzlhöchlein zu L.-Eutritzh. Eintritt 100. Rüheres siehe Programm. — Es lädt federmaul freundlich ein.

Der Turnrat.

Turnerbund Schönefeld. Montag, den 26. Dezember, dazu unserer Schüler- und Schülerinnen-Abteilung im Sächsischen Hof. Gäste herzlich willkommen.

Der Vorstand.

Sportfreunde Zwentau sucht für 2. Feiertag Gegner der 1. Klasse nach Zwentau, Brühl. Anmeldungen an Otto Schumann, Zwentau, Brühl.

Arbeiter-Samariter-Bund. Kolonne Leipzig. Am Januar 1922 finden folgende Generalversammlungen statt:

Montag, den 2. Januar 1922, abends 7 Uhr, Generalversammlung der Krankenpfleger-Akademie im Volkshaus.

Freitag, den 6. Januar 1922, abends 7 Uhr, Generalversammlung der Akademie. Weitere in der 47. Volksschule in L.-Plagwitz.

Freitag, den 13. Januar 1922, abends 7 Uhr, Generalversammlung der Kolonne Leipzig im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Protokollverlesen, 2. Wahl des Gesamtvorstandes, 4. Wahl der Delegierten zum Kreistag. 5. Antrag Silvert. 6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

A. S. B. Am 1. Weihnachts-Festtag, nachmittags 2 Uhr:

Stötteritz I - Kleinzschocher I

Am 2. Weihnachts-Festtag, nachmittags 2 Uhr:

Stötteritz I - Paunsdorf I

Im Sportpark Stötteritz, verlängerte Oststraße



JOSETTI CIGARETTEN
das am meisten verlangte
Weihnachtsgeschenk!

* nur wissen Sie, was Sie zu Weihnachten schenken können!

Großer Weihnachtsverkauf

zu enorm billigen Preisen

Wintermäntel aus guten gestrickten und Diagonalstoffen

M. 145 195 350. 495

Wintermäntel aus warmen, molligen Haufjäckchen, moderne elegante Formen

M. 550 650 750 995

Astrakan-, Plüschi-, Veloursmäntel, gute Qualitäten, leichte Neuhelten

M. 1200 1500 1950 2400

Jackenkleider in einfacher und eleganter Ausführung, aus gezwirnten und reizvollen Stoffen

M. 350 595 995 1500

Strickjacken aus Seide, Wolle, Strickstoff, richtig ländliche Farben, für den Winterpost

M. 295 395 495 695

Regenmäntel aus Gabicci, Gabardine, Seide, vorzüglich bewährte Qual.

M. 195 295 495 650

Kleider für Straße und Gesellschaft, aus Seide, Wolle, Samt. Große Auswahl in Tangefabrik

M. 295 395 495 690

Röcke aus gestrickten Stoffen, Chiffon, Tuch, Gabardine, moderne Formen

M. 55 95 120 195 250

Blusen, ganz opale neue Formen aus Seide, Wolle, Samt und Schleierstoff

M. 39 85 195 295

Morgentöcke, Matinees aus Überdaunen-, Wasch- und Schleierstoff, in schönen Formen

M. 95 135 395 595

Mädchen-Kleidung

Belgebekleidete Mäntel, Belz-

Pälzots, Belz-Muffen

Stolas und Hüte

Anaben-Kleidung

Größtes Spezialhaus für Damen-, Nachsch- und Kinderkleiderobe i. G.

Aufpolster von Sofas und Matratzen. Polsterstraße 3. Abonnementen berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Interessen der Leipziger Volkszeitung.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Neue Grundlagen.

Im Fortgang der lebhaften und umfassenden Diskussion, die seit der Herausarbeitung des neuen Kurses in der englischen Reparationspolitik offiziell und offiziös, offen in der Presse und in Reden führender Staatsmänner, sowie hinter verschlossenen Türen zwischen England, Frankreich und Deutschland geführt wird, beginnen sich die Grundlagen, auf die die neue Reparationspolitik gestellt werden soll, allmählich klar abzuzeichnen. Wie an dieser Stelle (siehe Wirtschaftliche Wochenschau vom 8. d. M.) bereits nach den ersten Anzeichen einer Wendung in der Reparationsfrage ausgeführt wurde, ist der Kern des Problems nicht die Frage, ob, unter welchen Bedingungen und auf wie lange ein Moratorium an Deutschland gewährt werden soll, sondern die viel umfassendere Frage, die durch das Londoner Ultimatum nur so gelöst worden war, wie der gordische Knoten durch Alexander, wie die Kriegsverwüstungen in den Ententeländern wieder gutgemacht werden könnten, ohne daß dabei die deutsche Wirtschaft und mit ihr die Europas und der ganzen Welt in den Abgrund gerissen würde.

Der offizielle Meinungsaustausch allerdings, der in den letzten Tagen zwischen Deutschland und der Entente geflossen wurde und vermutlich in den nächsten Tagen auf derselben Basis weitergeführt werden wird, dreht sich noch um die

Moratoriumsfrage.

Den Notentwegen eröffnete diesmal die deutsche Regierung, die nur die Antwort der Bank von England auf ihr Kreditgesuch, die wir von vornherein erwartet hatten, bedingungslos negativ ausfiel, abwartete, um der Reparationskommission offiziell das Gesuch um teilweise Zahlungsausschub zu stellen, zu dem sie von englischer Seite schon einige Male versteckt ermuntert worden war. Der Reichsregierung kam dabei faktisch ungemein zustatten, daß die Bank von England das Gesuch nicht einfach ablehnte, sondern der Ablehnung eine Begründung hinzufügte, aus der die schärfste Verurteilung des Londoner Ultimatums herauszulegen ist. Ihr Sinn ist: Ein Staat, dem solche Lasten aufgelegt wurden, ist vom rein kapitalistischen Geschäftspunkt aus gesehen, nicht kreditwürdig. Das heißt nach allen Gesetzen des kapitalistischen Geschäftslebens, er ist überhaupt nicht existenzfähig, denn der Kredit ist die Grundlage der Existenz in der kapitalistischen Wirtschaft.

Man wird diese Antwort nach ihrem vollen Gehalt erst zu würdigen wissen, wenn man sich erinnert, daß unmittelbar nach der Annahme des Ultimatums Deutschland noch für kreditwürdig gehalten wurde. Denn schon die erste Zahlung nach dem Londoner Reparationsplan, die erste Goldmilliarde, vermöchte es nicht gänzlich aus eigener Kraft aufzubringen; es erhielt damals von holländisch-englischer Seite einen ansehnlichen, aber freilich nur kurzfristigen Kredit, den zurückzuerstatten ihm nur unter der schwersten Erhöhung seiner Valuta gelang. Nun ist ja freilich nicht daran zu zweifeln, daß Deutschland, allerdings nur unter den schwersten Opfern, u. a. dem eines völligen Zusammenbruchs seiner Valuta, auch diesmal noch imstande wäre, einen kurzfristigen Kredit zurückzuzahlen. Denn aus einem Volk von 80 Millionen, das seine Industrie zur höchsten Blüte entwickelt hat, läßt sich auch in den schwersten Zeiten ein Betrag von 200—300 Goldmillionen herauspressen. Das weiß auch die Bank von England. Wenn sie trotzdem Deutschland die Kreditwürdigkeit selbst für einen kurzfristigen Kredit abgesprochen hat, so ging sie dabei offensichtlich von der Erwägung aus, daß die Gewährung eines kurzfristigen Kredits für die Januar- und Februarzahlungen die Valuta und wirtschaftliche Lage Deutschlands so verschlechtern würde, daß erstmals die englische Wirtschaft einen schweren Stoß dadurch empfangen würde, und daß zweitens die nächsten und übernächsten Zahlungen von Deutschland unter keinen Umständen geleistet werden könnten. Wie man die Sache also auch drehen und wenden mag, Deutschland ist auf keinen Fall imstande, den Verpflichtungen des Ultimatums auf die Dauer nachzukommen, also ist es das Beste, ihm gleich jetzt die allerleichteste Möglichkeit dazu zu nehmen, statt ihm jetzt noch heranzuhelfen und dadurch das Uebel für die Zukunft zu verschlimmern. Das ist der Standpunkt der englischen Finanzwelt, an deren Spitze die Bank von England steht. Gleichzeitig steht sie aber in einem ähnlichen Verhältnis zur englischen Regierung, wie die Reichsbank zur deutschen Regierung, so daß nicht daran zu zweifeln ist, daß sie von der englischen Regierung als Sprachrohr in dieser rein finanziellen Frage gewählt wurde, die doch das Reparationsproblem in seiner ganzen Breite aufstößt.

Richtsdesto weniger war die deutsche Regierung klug genug, zu erklären, daß sie

die nächsten Zahlungen

in solcher Höhe leisten wolle, als es in ihren eigenen Kräften siehe. Freilich sind diese schwach genug. Die Reichsregierung nannte in ihrer Note keine genauen Ziffern, aber es ist anzunehmen, daß ihr Bestand an Devisen, den sie eigens für die nächste Zahlung gesammelt hat, maximal 150 bis 200 Goldmillionen beträgt. Dazu kommt, daß der jähre Sturz der deutschen Valuta auf weniger als die Hälfte der Höhe, die sie zur Zeit der Zahlung der ersten Goldmilliarde innegehalten hatte, der deutschen Regierung nicht nur die Barzahlungen ungeheuer verteuert, ja so gut wie unmöglich gemacht hat, sondern zugleich auch den Goldwert der Sachleistungen, die einen wesentlichen Teil der Gesamtverpflichtungen ausmachen, tiefs herabdrückt. Die Entente hat seit den letzten Zahlung genau soviel Kohle, Chemikalien usw. von Deutschland erhalten, wie vorher, deren Goldwert an sich noch genau so groß ist wie vorher, da inzwischen keine wesentlichen Preisveränderungen auf dem Weltmarkt eingetreten sind. Da aber der deutschen Regierung für ihre Sachleistungen nicht die Weltmarktpreise angetreten werden, sondern nur die deutschen Inlandspreise, erhalten die Alliierten über den Londoner Zahlungsplan hinaus Zahlungen, die um so größer sind, je größer durch einen plötzlichen Sturz der deutschen Valuta die Spannung zwischen Weltmarktpreis und deutschen Inlandspreisen ist. Der Wert der bis zum nächsten Hälftestermin abgestatteten bzw. noch abzustattenden Sachleistungen, der vor dem letzten großen Valutasturz noch auf über 200 Goldmillionen veranschlagt werden konnte, ist jetzt auf weniger als 100 Goldmillionen gesunken, so daß da ihr tatsächlicher Goldwert sich nicht verringert hat, die Alliierten aus dem Sturz der deutschen Valutu einen Ertrag gewinnt von mehr als 100 Gold-

millionen ziehen, um den sich natürlich die Zahlungsfähigkeit Deutschlands verringert. Würde man diesen Betrag als geleistete Zahlung anerkennen, so wäre durch die Barzahlungen und Sachleistungen die Januarrate von 500 Goldmillionen fast getilgt — während für die Februarrate von ungefähr 250 Goldmillionen auf keinen Fall Mittel vorhanden sind.

Das ist die Sachlage, die die deutsche Regierung zur Absendung ihres Gesuches um teilweise Stundung der Zahlungen berechtigt hat. Allerdings hätte nach der ausgiebigen Diskussion, die früher wie drüber über die Frage des Moratoriums geführt worden war und die der deutschen Regierung keinen Zweifel darüber ließ, daß man alleseits von ihr die Initiative in der Frage erwartete, durch welche

Sanierungsmaßnahmen

die deutsche Finanzwirtschaft instand gebracht werden könnte, Reparationsverpflichtungen — in welcher Höhe und Form, müßte allerdings auch dann noch Gegenstand der Diskussion bleiben — zu leisten, erwartet werden könnten, daß die Reichsregierung sich nicht mit der negativen Feststellung ihrer Zahlungsfähigkeit begnügen, sondern gleichzeitig Andeutungen darüber machen werde, wie nach ihrer Meinung den Finanzen und der Wirtschaft Deutschlands so auf die Beine geholfen werden könnte, daß die Ententeländer auf die deutsche Mitarbeit bei der Wiedergutmachung ihrer Kriegsverwüstungen rechnen könnten. Die Reichsregierung hat diese Andeutungen unterlassen, was ihr sicherlich sogar in England eher geschadet als genutzt hat. Hingegen hat der Reichskanzler Wirth zwei Tage nach Absendung der Note im Hauptausschuß eine Rede gehalten, deren Hauptzweck es anscheinend war, das Versäumte nachzuholen.

An dieser nicht gerade übermäßig gehaltvollen Rede, die der entscheidenden Situation, in der sich die Reparationsfrage und mit ihr das Wirtschaftsleben Deutschlands und der ganzen Welt befindet, alles eher als gerecht wird, ist nur soviel bemerkenswert, daß, unster Vorauslage in der leichten Wirtschaftlichen Wochenschau wörtlich folgen, Wirth gerade auf jenen Punkt in der Diskussion über das Reparationsproblem eintrat, der für die deutsche Volkswirtschaft der bedeutsamste ist, aber den bestehenden Klassen Deutschlands am meisten in den Kram pahlt: auf die Ned des englischen Schatzkanzlers Horne, die als Altheilmittel zur Sanierung der deutschen Finanzen die Einstellung der Lebensmittelzuschüsse der Regierung, Erhöhung der Bahn- und Posttarife und Erhöhung der Kohlenpreise vorschlug. Es ist nichts so charakteristisch für die wirtschaftspolitische Einstellung der Reichsregierung, für die die Rechtssozialisten in hohem Maße verantwortlich sind, als die Aussichtlichkeit, mit der Wirth die Notwendigkeit besprach diesem von der Furcht der Engländer vor der deutschen Konkurrenz eingegebenen Vorschlag nachzukommen, und die Bahn- und Posttarife auf das ausgiebigste zu erhöhen, sowie die Lebensmittelzuschüsse abzubauen, mit der verbüßenden Geschwindigkeit zu vergleichen, mit der Wirth über die brennendste und für die Entwicklung der Reparationsfrage weltweit entscheidende Frage der nunmehr einzuschlagenden Steuerpolitik hinwegglitt.

Alles, was er über diese Frage zu sagen hatte, ist die Zustimmung, die er an die Welt stellte und die dort schallende Heiterkeit auslösen wird, ein Kompromiß der parlamentarischen Parteien über die von der Regierung vorgelegten bekannten Steuerpläne als die Bekundung des ernstlichen Willens Deutschlands aufzufassen, „steuerlich das zu leisten, was nach einem so verlorenen Kriege unabdingt notwendig ist“. Das wagt der Reichskanzler ernsthaft als seiner Steuerweisheit leichten Schluss anzupreisen, nachdem sein Finanzminister ausdrücklich erklärt hat, daß die neuen Steuern, selbst wenn sie ohne Abstriche vom Parlament angenommen würden, kaum dazu ausreichen würden, den inneren Finanzbedarf des Reiches zu decken, von den Reparationsverpflichtungen ganz abgesehen. Und dabei hat sich der Reichstag in der Zwischenzeit mit nichts anderm beschäftigt, als dem heftigen Ansturm der bürgerlichen Parteien nachgebend, selbst diese ganz ungünstigen Steuern für die bestehenden Klassen durch träge Abstriche an den Besitzsteuern schärfhaft zu machen. Damit hat die die deutsche Wirtschaft und den deutschen Staat beherrschende Bourgeoisie ihre Auffassung zum Ausdruck gebracht, wie sie sich ihre Mitwirkung zur Sanierung der Finanzen vorstellt, und der von ihr bestellte Reichskanzler sagt dazu Ja und Amer., ohne den Mut zu finden, seinen bürgerlichen Auftraggebern entschlossen zu sagen, daß die ganze Welt von der deutschen Regierung einen energischen Eingriff in die Sachwerte der Kapitalisten als einziges Mittel zu einer wirklichen Sicherung der deutschen Finanzen erwarte.

Während die Dinge so in Deutschland ihren gewohnten Trotz weitergehen, der zum allmählichen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft führt, während hier — nicht zum geringsten infolge der unverzüglich Schwäche der Rechtssozialisten, die ihre Parolen und die des ADGB, wie gewöhnlich auf ihren Parlament- und Ministerstellen zu verlesen scheinen — die neuen Grundlagen noch immer nicht sichtbar werden, auf die das Reparationsproblem von der deutschen staatsfinanziellen Seite her gestellt werden muß, bricht sich auf dem Wege über einen heftigen Interessenkampf zwischen England und Frankreich jede Auffassung über die Lösung der Wiedergutmachungsfrage Bahn, die in den offiziellen machgebenden Kreisen der Entente wohl ganz neu, von den sozialistischen und Arbeiterparteien Europas aber schon längst und mit dem größten Nachdruck vertreten wird; die Auffassung, daß das Reparationsproblem kein finanzielles, ja von der finanziellen Seite her allein überhaupt nicht zu lösen ist, sondern daß es das Problem des — sei es vorläufig auch nur kapitalistischen — Wiederaufbaues Europas ist. Vor diesem Grundproblem tritt, wie der ehemalige Sozialist und später Kriegsbecker Herrn in seiner Befreiung sagt, die Frage des Moratoriums an die 2. Stelle zurück.

Die englische Regierung, die gleich ihren Vorgängerinnen seit Jahrhunderten durch die klügste und geschickteste Politik des

sich Anpassens und der Nachgiebigkeit gegenüber dem Unvermeidbaren eines ihrer hochgesteckten kapitalistisch-imperialistischen Zielen nach dem andern erreichte, hat mit derselben Entschlossenheit und Klugheit, mit der sie sich in Washington der neuen geopolitischen Machtkonstellation, die infolge der Kriegszerrüttung Europas Amerika das Übergewicht in der Welt gab, anzupassen und mit der sie das irische Problem, an dessen Lösung alle englischen Regierungen seit Jahrzehnten vergeblich gearbeitet hatten, durch Konzessionen, die vor einem Jahre niemand noch für möglich gehalten hätte, zu lösen verstand, nach der Lösung dieser Hauptfrage der englischen Politik nunmehr auch das Reparationsproblem angepaßt und hier von vornherein dieselbe Taktik der Unterwerfung unter das Unvermeidliche eingeschlagen, die ihr dort so große Erfolge in den Schoß geworfen hat. Sie geht endlich daran, dem Zusammenhang Rechnung zu tragen, der zwischen dem Reparationsproblem und dem Wiederaufbau Gesamt-Europas besteht, sie geht endlich daran, den vom internationalen Proletariat in Wien und Amsterdam schon längst als einzlig möglich anerkannten Weg zur Lösung des Reparationsproblems zu suchen: die Reparationsverpflichtungen Deutschlands umzugestalten zu einer Verpflichtung, am

Wiederaufbau Gesamt-Europas

mitzuarbeiten. Daß die Lösung von England aus auf diesem Wege gesucht wird, darauf deuten nicht nur zahlreiche englische Preisstimmen hin, sondern in dieselbe Richtung deutet auch die Unterredung, die Lloyd George jüngst mit dem russischen Bevollmächtigten in London, Krasslin, hatte, auf einer Seite und die Verdichtung der finanziellen Beziehungen zwischen der Sowjetrepublik und der deutschen Industrie und Finanzwelt, die gerade in den letzten Tagen in Angriff genommen wurde und von der in anderem Zusammenhang noch zu sprechen sein wird, auf der anderen Seite.

Freilich hat das internationale Proletariat nicht die geringste Ursache, über die Lösung, die jetzt gesucht wird, begeistert zu sein. Wenn sie sich zwar auf dieselbe Erkenntnis stützt, die die Vertreter des internationalen Proletariats schon im Frühjahr gewonnen hatten, so kommt doch alles darauf an, in welchem Geiste sie durchgeführt wird. Und da kann nach allem, was über die Parallelität zwischen der englischen und der deutschen Industrie und Finanzwelt bekannt wurde und nach der augenblicklich für das Proletariat so ungünstig wie nur möglich gelagerten Machtverteilung zwischen Kapital und Arbeit in Europa nur das schlimmste befürchtet werden. Und das ist, daß der Aufbau Europas als gute Gelegenheit benutzt wird, um es nach althwähler imperialistischer Maxime in Interessensphären aufzuteilen, die bekanntlich nur eine Vorstufe zur völligen Kolonialisierung sind — wobei natürlich Deutschland im wesentlichen nur Vorpanndienste zu leisten hätte.

Um diese Lösung wird heute gerungen. Und wie die Dinge leider heute liegen, ist es nicht ein Ringen zwischen Bourgeoisie und Proletariat um eine kapitalistische oder sozialistische Lösung dieses Problems, sondern nur zwischen der englischen Bourgeoisie auf der einen Seite und der französischen, die am Aufbau Europas selbst unter imperialistischer Flagge weit weniger Interesse hat als an der kapitalistischen Machtfestigung ihres eigenen Landes und einer universitären imperialistischen Machtpolitik gegenüber Deutschland, auf der andern Seite. Die Chancen dieses Kampfes, dessen Schauplatz augenblicklich London und dessen Hauptakteure Lloyd George und Briand sind, haben sich seit dem Frühling dieses Jahres, in dem der Kampf schon begann, allerdings wesentlich zugunsten Englands verschoben, das sich eben jetzt in Washington und Dublin einen glänzenden Sieg holte, während sich Frankreich in Washington eine moralische Niederlage geholt hat. Und es muß offen ausgesprochen werden, daß die Interessen nicht nur des deutschen, sondern auch des internationalen Proletariats diesmal auf der Seite Englands stehen, wenngleich es die Pflicht hat, unermäßigt für die Durchsetzung seines von allen imperialistischen Lösungsversuchen des Wiedergutmachungsproblems grundverschiedenen Standpunktes seine ganze Kraft einzusehen. Das ist der Sinn der internationalen Konferenz, deren Zusammentritt jetzt von der Wiener IUSP. vorbereitet wird.

Die Jagd nach den Oelfeldern.

Der Kampf zwischen den beiden Oelfeldern, dem amerikanischen Standard-Oil und dem englisch-holländischen Shell-Trust, ist in eine neue Phase getreten. Die Shell-Gruppe hat zu einem großen Schlag ausgeholt, um den Feind auf eigenem Gebiet zu treffen. Nachdem sie bereits früher in Kalifornien Fuß führte — sie kontrollierte dort Oelfabriken mit einem Aktienkapital von 150 Millionen Pfund — hat sie nunmehr die Aktien einer großen kalifornischen Oelfabrik (Oil Company of Delawore) erworben, die ihrerseits über 20 Prozent der Aktien der größten kalifornischen Oelfabrik (Union Oil Company of California) mit einer Jahresproduktion von 9 Millionen Fass verfügt. Die Bemühungen der Shell-Gruppe gehen dahin, auch die letztere in ihre Machtphäre zu bringen. Die Shell-Gruppe, welche sich bisher besonders auf Ostindien konzentriert hat, will nunmehr auch in Amerika eine Rolle spielen. In dem Konkurrenzkampf drückt sie die Preise, während bei Standard-Oil eine Tendenz zu Preiserhöhungen vorherrscht. Der dritte große Oelfeld, wenn auch nicht so mächtig wie die beiden erwähnten, die mit Teilnahme der englischen Regierung gegründete Anglo-Persische Oelfabrik, besitzt das Monopol in Persien, außerdem wertvolle Quellen in Mesopotamien, Argentinien und anderswo; sie läßt ihre Produkte aus den persischen Oelfeldern durch die Shell-Gruppe verkaufen, doch läuft dieser Vertrag bald ab, und sie wird dann als selbständiger Konkurrent erscheinen. In Europa vertreibt die letztere sehr bedeutende Interessen, sowohl hinsichtlich der Oelfelder — in Rumänien, in Ungarn —, wie auch des Verkaufs der Oelfabrik.

Gerichtsaal.

Reichsgericht.

Ist Geld ein Gegenstand hauswirtschaftlichen Verbrauchs im Sinne des § 370,5 StGB? Der sogenannte Mundraubparagraph ist bekanntlich durch eine Novelle dahin erweitert worden, daß er nicht nur auf die Anwendung von Nahrungsmitteln in geringer Menge oder von unbedeutendem Werke zum absatzdigen Verbrauch Anwendung findet, sondern auch auf Anwendung von Gegenständen des hauswirtschaftlichen Verbrauchs. Veranlassung zu der Erweiterung des Gesetzes habe ein Fall gegeben, in welchem eine arme Frau etwas Brennholz entwendet hatte, um die Wärme für ihr Kind zu wärmen und die wegen Rückfallbrennholz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt werden mußte. Seit der Forderung des Gesetzes ist nun häufig versucht worden, die neue Bestimmung erweiternd auszulegen. Man wollte als Gegenstände des hauswirtschaftlichen Verbrauchs nicht nur Kohlen, Holz, Petroleum usw. angehen wissen, sondern auch solche Gegenstände, deren Substanz im Haushalt nicht verbraucht wird, wie z. B. ein Wolltuch, ein Messer oder eine Kaffeemühle. Das Reichsgericht

hat aber in seiner Rechtsprechung diese Auslegung abgelehnt, da nach dem Wortlaut des Gesetzes hier nur Gegenstände in Betracht kommen können, deren Substanz ebenso wie die der Nahrungsmittel im Haushalt verbraucht wird. Jetzt lag dem Reichsgericht die Frage zur Prüfung vor, ob Geld zu den Gegenständen des hauswirtschaftlichen Verbrauchs zu rechnen sei. Eine Frau Anna Törner ist am 10. Mai vom Landgericht III in Berlin wegen einfachen und schweren Diebstahls zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sie hatte sich einen Nachschlüssel zu der Wohnung einer Flurnachbarin angefertigt und war wiederholt in diese Wohnung eingedrungen, wo sie Nahrungsmittel, namentlich Schmalz, und auch kleinere Geldbeträge entwendete. Das Landgericht hat deshalb einen gewöhnlichen Diebstahl für vorliegend erachtet. In der Revision der Angeklagten wurde nun darzulegen versucht, daß nur der § 370,5 hätte angewendet werden müssen, da Geld unbestritten im Haushalt verbraucht zu werden pflege. Das Reichsgericht verwirkt jedoch die Revision als ungegründet. Nach der Entstehungsgeschichte des fraglichen Gesetzes ist davon auszugehen, daß die mildernde Strafbestimmung nur auf solche Fälle angewendet werden sollte, in welchen von dem Täter ein unmittelbares Verlangen nach Nahrung oder Wärme bestanden habe. Es kann also kein Verlangen nach Geld bestanden haben.

Die Substanz des Geldes bleibt bestehen, auch wenn es ausgegeben ist. Gegenstand werden sollte, und zwar in der Weise, daß der entwendete Gegenstand in seiner Substanz vernichtet wird und verschwindet. Bei dem Gesetze liegen diese Voraussetzungen nicht vor. Es wird zwar im Haushalte gebraucht, aber nicht verbraucht. Die Substanz des Geldes bleibt bestehen, auch wenn es ausgegeben ist.

Briefkasten.

A. Q. 100. War sie gewerbl. als Putzfrau tätig, so dürfte sie keinen Unprach haben. Anders dagegen ist es, wenn sie als Kaufmännische Angestellte beschäftigt gewesen ist. Im ersten Falle ist das Gewerbegebot, im letzteren Falle das Kaufmannsgebot zuständig. 5 Mark Parteiausgabe.

P. C. Sehen Sie einmal Ihren Mietvertrag nach. Wenn Sie sich darin verpflichteten, die Reparaturen ausführen zu lassen, können Sie, solange dieser Vertrag besteht, an den Hauswirt die Forderung nicht stellen. Die Verträge sind nun einmal so ungünstig für den Mieter, weil die Hauswirte auf Grund ihrer Monopolstellung sie den Mietern aufladen können.

G. M. 100. 1. Die Kündigung besteht zu Recht. Die Ehefrau braucht Ihnen nicht von neuem zu kündigen. 2. Das können wir Ihnen nicht sagen.

Amtliche Bekanntmachungen

Nach längerem Leiden verschied gestern

Herr Stadtrat Karl Hermann Friedrich

Nach neunjähriger erfolgreicher Tätigkeit im Stadtoberverordnetenkollegium wurde er Januar 1920 in das Amt eines unbefohlenen Ratsmitgliedes berufen, das er bis zu seiner Erkrankung mit großer Arbeitsfreudigkeit verwalte hat. Die Verdienste, die sich der Verehrte in langjähriger ehrenamlicher Tätigkeit, namentlich als Vorstand des Ortsamts für Kriegerfürsorge und auf dem Gebiete des Armenwesens um unsere Stadtgemeinde erworben hat, sichern ihm ein ehrenvolles Andenken.

Leipzig, am 21. Dezember 1921

Der Rat der Stadt Leipzig

Dr. Rothe, Oberbürgermeister.

7500 Mark Belohnung.

In der Zeit zwischen dem 11. Dezember 1921, mittags 12 Uhr, und dem 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr, sind aus einem Lagerraume in der Herderstraße die nachstehend angeführten **Rauchwaren** gestohlen worden:

2 Ofters, 2 Flüsse, 2 Steinmarder, 1 außergerichteter Steinmarder, 7 außergerichtete Flüsse, 20 Flüsse, 2 weiße Wilder, und in der Zeit zwischen dem 19. Dezember, nachmittags 5 Uhr und dem 20. Dezember 1921, früh 1/2 Uhr:

18 Flüsse, ohne Zeichen, einige aufgeschnitten, 9 Seefasen mit dem Lochstempel "G" und gelbem Stempelaufdruck "Zeute, L. Lind." 2 Biberteilflanzen mit Lochstempel "G" 1 Hirsch (Mutterhirsch), 1 weißes Wilder (etwas verhornt), 3 Steinmarder, 1. gute Schwarzen, 3 Rotschalen (gebraucht), je 45 cm lang und 10 cm breit, und 1 Damen-Kreuzkragen mit brauner Seide gefüllt und einem großen braunen Schildkrothof, mittelfreie Form, sowie ein erst durch die Post angeliefert, noch verstaubt gewesener Karton mit 11 Hasenfellern, 8 Kanin- und 2 Flüsfellen.

Die bestohlene Firma lebt auf Ermittlung der Täter eine Belohnung von 2500 Mark und auf Wiedererlangung der gestohlenen Ware eine solche von 5000 Mark aus, deren Verteilung durch das Polizeiamt unter Ausschluß des Rechtsweges erfolgen wird.

Sachdienliche Beobachtungen teile man sofort der Kriminalabteilung mit zu Kr. R. XII. 2770/21. Leipzig, den 21. Dezember 1921.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Sparkasse Wahren.

Geöffnet von 8 bis 1/2 Uhr.

Reiseartikel

Solide Qualitätsware

**Lederwaren**

Aus besten Rohmaterialien

Direkter Verkauf ab Fabrik!

Unter eigener fachkundiger Leitung als auch bewährtem Stamm alter Mitarbeiter empfehle bei eintretendem Bedarf eine Besichtigung meines reichhaltigen Lagers.

Karl Blaich Windmühlenstr. 32
Tauchaer Straße 16

Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkauf!

Weihnachts-Angebot!

Die Preise für

Schuhwaren

sind weiter im Steigen begriffen. Trotzdem stelle ich in meinem Etagengeschäft gediegene Waren zu abnorm billigen Preisen zum Verkauf. Sie finden noch ein reichhaltiges Lager in hohen und halben Schuhwaren aller Art. Jeder Qualität hinsichtlich Leder, Ausführung, Farbe, Sortiment u. a. a. somit auch Mannslaschenschuhe, Schatzstiefel, Fahrtlederstiefel usw.

Außerordentlich günstige Bezugsquelle

für Händler und Wiederverkäufer!

Sofortiger Lagerbesuch für jedermann dringend empfohlen!

S. Kaufmann, Leipzig, Kl. Fleischergasse 16, 1. Etage.

la starke
gestreifte

Hasen 65.-per
Stück

(Hasenbraten: Rücken, Keulen und Läufe)

Tel. 697

la Dresden Hafermast-Gänse**Ernst Krieger**

nur Burgstraße 16

Tel. 697

Verlangen Sie bitte meine neueste Preisliste!

Kleiner Anzeiger**Arbeitsmarkt****Wildwaren-Zurichter**

ver sofort gesucht

Rödiger & Quarch, Leipzig-Möckern

Reuningstraße 4-8.

Wächter

für Fabrikgrundstück ver sofort gesucht. — Offerten unt. W. B. 632 erbeten an Invalidendant Leipzig.

Groher Zeitschriften-Verlag sucht für Leipzig mehrere tüchtige

Straßenhändler mit Scheinen gegen feste Vergütung und hohe Provision.

Angeb. u. V. 700 an die Filiale d. Bl., Zeiser Str. 32.

Angeb. u. V. 700 an die Filiale d. Bl., Zeiser Str. 32.

Tüchtige Werkzeugschlosser

für allgemeinen Maschinenbau für sofort in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Lebenslauf an

Richard Klinthardt

Wurzen.

Verhäuser**Kartoffeln**

etwas angekörnt dabei, v. Leopoldstr. 13, Tel. 43483, 19. Infanterie-Regiment neu (29) Al. Dienstamt, 55. Stabstierei

ML-Langnau, Münz, Schäferei

Eilenbahnstr. 13, St. Ul.

Kinder-Stiefel 27-30 60,-

Jls., Kamelhaar, Pant. bill.

Lehmann

Dresdner Straße 69

Blusen

preiswert Blusenfabrik

Grimmauer St. 20, III.

Trotz der Geldentwertung kaufen Sie gut u. billig Schuhwaren

aller Art, gediegene Qualität in der Schuhetage S. Kaufmann, Kleine Fleischergasse 16. Besonders günstige Bezugsquelle für Händler und Wiederverkäufer!

Geschenkt

fast sind meine wenig getragenen und neuen

Anzüge**Schlüpfen**

Ulster

Militär, gestreift u. läuft.

Hosen

Joppen, Schuhe und Stiefel

ganz besonders billig beim

billigen

KANNER

Wurzner Str. 15a.

Meine Preise

1. wenig getrg. u. neue Anzüge von 200,- an

Schlüpfen von 275,- an

Ulster von 200,- an

milit. - geist. u. sämli.

Hosen 65,- und

höher

Joppen, Schuhe und Stiefel

ganz besonders billig beim

billigen

KANNER

Wurzner Str. 15a.

L. - LINDENAU

Henriettenstraße 4

ist der **billige**

Laden f. Damen- u. Herren-

Bekleidung.

3 billige Tage!

10 Proz. Rabatt bis Heilig. Abend auf

Anzüge, Hosen

Schlüpfen

Ulster, Valetots

Röte Thiem

Sporgäßchen Nr. 10.

Bonn, Schloßstr. 10.

Von Herrschalten

wenig getragene Jacken-

Anzüge u. Winter-Ulster,

Militär-Hosen u. Blousen,

Arbeits-Hosen, alle Größen

Röte Thiem, Baden-Baden

Ulster, getragen, zu ver-

taufen. J. Schröder'sche Str. 74, I.

Spottbillig! Anzüge

" Neu und getragen von feinsten Kavalieren kaufen Sie auffallend billig, auch sämtliche Schuhwaren nur beim

billigen Kanner

nur Eisenbahnstr. 5.

nur keine Filialen.

Anzüge

Ulster, Schlüpfen

Winterblousen

Manchester-Anzüge

Arbeitskosen

verkauft noch billig.

Barth

Grosse Fleischergasse 1.

Habe
neu und getragen
Anzüge
von 180.— Mark an
Hosen
auffallend billig
Ulster
250.— Mark an
nur aus prima Stoffen
Gummimäntel
Joppen.....
Schuhe usw.

Kanner
Eisenbahnstraße 5.
Habt keine Filialen.

Ausschnitten
Anzüge
Peletots, Schläpfer
Cutaway, Gohrock
spottbillig, bar und
Teilzahlung!
Martin Hahn
Johannisplatz 8
hinter d. Kirche und
Demmeringstr. 72, II. I.
u. Lange Str. 10. I.

Von Herrschaften wenig gefr.
lo aus wie neu, u. neuwert.,
Dam. u. Knd. Garderobe aus
seins. Stoff, hergest., kaufen Sie
wie altbekannt, gut u. bill.,
nur d. Rummel, Rummelstr. 14, IV. B.

Schlüpfer
Ulster v. 225 Mk. an
Anzüge
Militär Winter-Joppen
Militär-Hosen
billig bol
Wadewitz

Windmühlenstraße 33
I. Einge

Spottbillig!
Getragene und neue
Ulster
Schlüpfer
Anzüge
militär, gestreifte Hosen
schwarze Hosen
nur optimale Qualitäten u.
a. sämtliche Schuhwaren
kaufen Sie wie altbe-
kannt beim billigen
Kanner

Eisenbahnstr. 5.
Habt keine Filialen.

Verkäufe billig
Anzüge, Schlüpfer,
Joppen, Streifen- und
Militärhosen

Damenmäntel,
elegante, gestickte
Kleider, Kostüme
Röde, Blumen
Berger, Rantäder
Steinweg 26, I.
Tel. 10 554.

Sonder-Angebot!
Militärhosen 130.—
Kinderhosen 20.—
Herrentrikotaden 65.—, 55.—
Herrenunterhosen 20.—
Pantoffel 19.—
Schlafdecken 45.—
Kinderl. naturb. 115.—, 105.—
S. Schub. naturb. 205.—, 175.—
Dam.-Hosen in Städ. 45.—
Kohls, Lindenau,
Dörmannstraße 4. Laden.

Damen-Mäntel
Koltüme
Röde
besonders preiswert!
Brecher
Gerberstraße 43.

Spottbillig!
Nou u. getr.
Hosen
Militär-, gestreifte,
schwarze, alle Arbeiter-
hosen in Riesenauswahl
auch alle Schuhwaren
kaufen Sie nur beim
altbekannten
billigen Kanner
nur Eisenbahnstr. 5.
Habt keine Filialen.

Telephon 10 401.
Große Auswahl in nur
berücksichtigt getragenen
Kleid. Blau, Mänt. Röde,
und dergl. Frieda, Claub,
Windmühlenstr. 45, I. Etage.

Ein größerer Posten
Belzfragen
für Damen spottbillig
M. LEIPZIGER
Rantäder Steinweg 49, III.

Belzfragen neu für junges
Mädchen wird
für 50.— Teilzahlg. achtet.
Leucht. Grenzstr. I. I. Mitte.

Ganz besondere
Gelegenheitsläuse
Kleiderstoff - Recke,
Damen- u. Herrenbeden,
Bett-Bügel und Inlett,
Handtücher
extra billig,
Damen-Blusen u. Kleider
Windmühlenstraße 31
WEIGLER.

Hemden für Damen 30.—
für Herren 25.—
Rüschenhandtuch 5.—
Wischluch 6.—
Bartchen-Bütluch 32.—
Bettschlaue, Hemdent. Riebel,
Schlutz., Talcident. Welschled.
Kohlgartenstraße 20, I. I.
Verkauf Freitag bis 6 Uhr,
Sonntag v. 14 bis 7 Uhr.

Ausgepakt!
Meine Schlager
in
Wäsche!

Damen-Nesselhemden,
gekreist 29.50
Damenhemden aus aut.
Hemdenstück 39.50
Damen-Blintzelbret (weiß) 35.50
Damen-Nachtblätter (weiß) 39.50
Herren-Gartenthemden (bunt) 55.50
Herren-Bordenthemden (weiß) 75.50
Ba. Einlagenhemden (Rivoliak) 74.50
Herren-Unterhosen von 21.50 an
Handtücher von 12.50 an
Wischluch von 7.50 an
Damen-Strümpfe von 9.50 an
Herren-Soden von 5.50 an
sowie große Auswahl in
gestreiften Hosen und Schuhwaren
Kinder-Kleidung
Stiele m. Lederfoble Größe 31-35 54.50
Größe 27-30 44.50
Sämtliche Waren sind
in meinem Schaufenster
zu besichtigen.

Rachwalski
Täubchenweg 64.

Möbel
Für Weihnachten
Schreibtische
Rauchtische
Zierliche
Klaviersessel
Einzelmöbel
Polsterwaren

Neu aufgenommen:
Kinderwagen
Auf Wunsch
Zahlungserleichterung
N. Fuchs
Kurprinzstraße 13.

Möbel jeder Art, groß Volken,
und Spielstühle für groß Knab.
Lind. Henrichstraße 30, I.
Chaiselongue, guterh. Bettst.
mit Matratze, Sportwagen 75.-
bill. Zeiger Straße 38, II. I.

Weine, Spirituosen
bei Güte u. Preiswürdigkeit. Kauf man i. d. Weingroßhandlung
A. Friese, Grimmaischer Steinweg 11
Verkauf Kellerhof, kein Laden. Fonspr. 6387. I.

Schuhwaren - Einzelverkauf
an Private zu Engros-Preisen

Herren-Stiefel, R-Chevreau	150.00
Herren-Stiefel, genarbzt. Rindleder	160.00
Herren-Stiefel, Rindbox	185.00
Herren-Stiefel, Mastbox	215.00
Herren-Stiefel, Mastbox, Original Goodi-Welt	235.00
Herren-Stiefel, Original Goodie-Welt mit Doppelsohlen	250.00
Wander- und Straßen-Stiefel, naturbraunes Fahldleder	185.00
Burshaus-Stiefel, Rindleder	185.00
Gummizwe-Stiefel, Rindbox	185.00
Frauen-Stiefel, Rindbox, m. niedr. Absatz, für empfindliche Füsse	190.00
Damen-Stiefel mit Lackblatt	190.00
Damen-Stiefel, R-Chevreau	215.00
Damen-Stiefel, Rindbox	220.00
Damen-Halbschuhe	145.00
Lack-Schnür- und Spangenschuhe	200.00
Burshaus-Stiefel, Rindbox	178.00
Kinder-Stiefel, Rindbox	105.00
Kinder-Stiefel, Rindbox, 25/26	68.80
Kinder-Stiefel, schwarz	25/26
	35.00
	50.00
	57.00
Kinder-Stiefel, braun	23/24
Leder-Hauschuhe mit Ledersohlen	49.50
Pantoffel, Filz und Stoff	32.00
Filz-Hauschuhe mit Filzsohlen	6.50
Kamelhaar-Schnallenschuhe mit Filz- und Ledersohlen	30.00
	38/42
	66.00
	43/45
	75.00

Stein & Comp. Schuhwaren-Engros
Richard-Wagner-Straße 12, III.
Fahrstuhl. Verkaufszeit 9-1 und 3-6½ Uhr

Nußbaum-
und Eiche-Speisezimmer
sowie hochelne
Schlafzimmer

in prima Emaillelat. Aus-
führung, weiß u. eisefarben,
sowie echte Eiche erhalten Sie
solid und preiswert im
Möbelhaus Otto Böllmer
am Bahnhof Görlitz.

Postkarte 15 150

Besichtigung ob. Gaußwangen,

Gaudenzous, neue Carlsof.

11040. Ott. Schwedelton u.

dreischr. in A, G, F. E-Dur

u. Übermann, Querfl. 27.

Bandon. Geige u. Schausp. u.

vi. Altmärker Str. 52, II. II.

Grammophon, Bandon. A-Dur

u. Sch. Dimpfelstr. 41, IV. r.

Grammophon, sehr gut erhalt.

verkauft von abends 8 Uhr an.

Kleinlath. Ratzenstr. 5. II. r.

Grammophon m. Platt. verf.

Körnerstrasse 7. II. r. Dole.

Sprech-Apparate

von 185 Mark an

Schallplatten

das Neueste von 12 Mark an.

Reparaturen schnell u. billig

Beyer, Rantäder Steinweg 33.

Sprechmaschinen

und

Schallplatten

in prächtiger Auswahl.

Alle Erwartete.

Reparaturen Schnellkons.

Alwin Dietrich, I. Lindenau

Hundendorf Straße 5. I.

Verg.-App., aterh. f. Amat.

versv. zu v. Mittelstr. 10. IV. r.

Nähmasch., gut nähend, verf.

Rappe Altmärker Str. 11.

Nähmaschine, fast neu, verf.

Lind. Leipziger Str. 12, II. I.

Streichglocke

Herren-Garderobe

Militär-Sachen

Gehrock, Anzüge, Bett-

u. Leib., Leihhausd.

Militär-Stiefel und Schuhe

Kleid. Rantäder Gasse 8. pl.

Strassenbahn b. Wittenberg.

Gehrockanzüge u. andere

Serrentgard, kauft Johannis-

platz 8 (hinter der Kirche) u.

Demmeringstraße 72, II. I.

Gold-Bruch-Ketten-Uhren-Ringe

Silber-Bruch-Bestecke-Etuis

Brillanten u. Perlen-Platin usw.

kauf

Robert Kordmann

Salzgäßchen Ecke Markt Laden 1a

Platin-Waren-Zahngesäße

Gold-Barren-Bruch-Ketten-Uhren

Silber-Barren-Bruch-Bestecke

Brillant, loze und ge-

färbte Stolino

kauf auch v. Händ-

fern u. Fachleuten

Fritz Panier, Yorkplatz 8, p.

Edelmetallschmelz.

Besicht auch auswärts.

Uhren! Schmuck, Leihhauschein =

kauft Walter Lory

Johannissgasse 15. I.

Alt-Gold, Alt-Silber

Platin, Uhren

Ketten, Ringe

Leihhauschein kauft

Max Israel, Uhrm.

Promenadestr. 5, I. d.

Am Fleischerplatz, I.

Geld wie Dred

verdienen Sie. Kaufe alle

als Möbel, Leihhauschein.

Wäsche, Schuhe, Bettstellen

mit Matratzen, Säcken- und

Dam.-Garderobe, Bettwäsche

Uhren und ganze Nachlässe

Großes Eins- und Verkaufs-

geschäft, Seeburgstr. 82, p.

Defektes

Kammer-Lichtspiele

Windmühlenstraße 7 — Am Königsplatz

Der Film, der die ganze Welt entzückte!

!! Glänzende Berichte und Rezensionen gehen diesem Welt-Roman voraus !!



Heute
Donnerstag ab!

Nach dem erfolgreichen ersten Teil folgt heute der
2. Teil (Schluss)
des grossen Roman-Films
von
Felix Holländer
(Ullstein-Verlag)

Der Eid des Stephan Huller

6
Akt

Das erschütterndste Drama aus d. Zirkus- u. Artisten-Leben
Ein Drama, wie es soeben und packender nicht geschildert werden kann.
Hierzu der übrige erstklassige Spielplan.

6
Akt

Einlaß 3½ Uhr. Beginn 4, 6, 8½ Uhr

Empfohlen für die Feiertage

Brima fettes Rößleisch

Bratfleisch, Rouladen, Gehäufte
Pfund 7,50 mk.

sowie verschiedene Sorten Wurst

Franz Wolf, Rößschlächterei
L.-Kleinzschocher, Dleskastr. 36.

Billige Fleisch- u. Wurstwaren!

Knab- und Jagdwurst	15 Mk.
Salamis- und Jervelatwurst	20 Mk.
Holzwurst und Mettwurst	17 Mk.
Prechow	14 Mk.
Leberwurst und Würme	13 Mk.
Frische Sülze	7 Mk.
Schweinefleisch, dicke Schichtung	18 Mk.
W. Fleisches Hammelfleisch	Pfd. 13 Mk.
Marienhalle, Galerie linke Hälfte von Stand 65.	

Bayrische Wurstwaren!

Predlak (Rindwurst)	22	Predlak, weiß	16
Schnitzenwurst	24	Regensburger	20
Göttinger	26	Schwarzwälder	28
Teilederwurst	22, 26	Margarine	22

Freitag und Sonnabend
Warmer Regensburger.

Rantinen und Wiederverkäufer Extra-Preise.
Kreikemeier Grosshandlung

Lindenau, Cranachstraße 4.

Vom Fass

franz. Natur-Rotwein „Selle Cotes“	Liter 25 ²⁰	mit Steuer
Weinbrand-Verschnitt	Liter 54 ⁰⁰	mk.
Weinbrand-Kognac	Liter 64 ⁰⁰	mk.
Jamaica-Rum Verschn.	Liter 68 ⁰⁰	mk.
Kräuter-Likör	Liter 58 ⁰⁰	mk.
Heidelbeerwein	Liter 14 ⁴⁰	mit Steuer empfiehlt

A. Kriegel Nöf. Merseburger Str. 70

Fischhandlung Ernst Aug. Böse

Dufourstraße 32
Tel. 16607

Markthalle 146, 152
Tel. 605

empfiehlt zum bevorstehenden Feste

allerfeinste leb. Spiegelkarpfen und Schleie
sowie feinste Seefische, Räucherwaren u. Fischkonserven

Welt-Theater
Barfußgasse am Markt

Ab heute Donnerstag

Welt-Theater
Barfußgasse am Markt

Das große Sensations- und Sitten-Drama von J. Delmont

Erstaufführung:

Die Wölfin

Ressel Orla als

Lady Florence — die Frau Lord Williams

die Angebetale seines Bruders Henry

die Geliebte des Kammerdieners

die Vernichterin und die Ruin der schönsten Lordschaft Englands

enthüllt d. Beichte einc. ehem. Krankenschwester

u. d. Leben einer genausicht. Frau

In 5 Akten

In Uraufführung! Außerdem: Soeben erschienen!

Die Diamanten-Konkurrenz

(Das Geheimnis der blauen Steine)

ein Gesellschafts- und Sitten-Drama von Paul Rosenhayn in 5 Akten, schildernd

Die furchtbare Rache einer betrogenen Frau

mit Margit Barnay, Lyda Salomona, F. Beckmann, F. Kampers, O. Delmor. Regie: Trude Sanfen

Welt-Theater
Barfußgasse am Markt

Beginn: Wochentage 4 Uhr
Sonntag, Montag, Dienstag 3 Uhr

Weihnachtsbäume.

1500 Fichten, Stiel von 6 M. an
500 Tannen, Stiel von 10 M. an
lebst geschnitten, grohe Auswahl.
Nur Feisenkeller, Plagwitz
nur Einzelverkauf.

Frisch eingetroffen
In Tafelmargarine 1. Pfund. Pfd. 28,00 u. 24,00
In Palmin in Pfund-Tafeln Tafel 25,00
In Leberwurst in Weißblech Kilo 12,00
In Blutwurst in Weißblech Kilo 12,00
auch ausgewogen in ½ und 1 Pfund
In Rindfleischlaschen Kilo 15,00

A. Mausohrt, Markthalle, Galerie, Stand 105.

Raucht Gustav Schmidt's Zigarren
Leutzsch Hauptstr. 87

Tapeten von 1,50 an
Pro Meter von 19 bis an
Puppenstubentapeten von 25,- an
Wandstuhlhinterleben von 75,- bis
Wachsleiche 1 Met. breit 45,-
Dominospiel 1,-
100 Reuboben, m. Kinnl. 6,-
Glockenspiel aus Holz
wie Tombolen.

Rich. Körner
Gitterstraße 51
Ecke Körnerstraße

Kein Laden

Winebrand-

Berlin 1/4 Liter 30,-

Jamaica-Rum

Berlin 1/4 Liter 32,-

etwa in anerkannt gut Qual.

L. O. Kasper Nachfolger

Eingang Böckelerstraße 30

Bockbier!

Bei Ruhmacher, Böckle 3 Ml.

Großherzoglich Böckle 2 Ml.

G. Bürger, Gabelsberger-

straße 24. — Telefon 4096.

en gros en detail

Holzschuh- und Pantoffelfabrik

Reif & Dorn, Teleph. 1954

Spezialität: Echte Lederschnürschuhe m. Holzsohle

Holzschuh-Besohlung

Holzschuh- und Pantoffelholzer

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer

Verkauf- und Annahmestellen:

Hauptgeschäft:

Stötteritz, Wasserturmstr. 10

Zweigstelle: Mölkau, Str. 33

und Seußlitz, Wurzner Str. 43.

Alle Sorten

Korbwaren

Korbmöbel

Reisekörbe

Couffekoffer

Waschekörbe

Staubkörbe

Transportkörbe

Waschgetriebe

Arbeitskörbe

Spannkörbe

G. Weißflog

Markt 3 Rods Hoi

Tel. 17028. Gegr. 1840

Hand-, Geschlechts-

u. barfüßig., vorg. neu. Schwidige

bedarf. Dr. med. Derl. nicht

angebotert. Mittal. naturw.

Gelehrte. Leibniz. Ausprin. 5.

Sped. von 0-2 u. 4-8 Uhr.

ff. Weinbrand-Verschnitt

von Jakob Stück Nachf., Hanau (Lieferant von Goldstück-Kognak)

per Flasche inkl. Flasche 43 Mk. per Liter vom Fuß 52 Mk.

Bekannte Marken Kognaks und Liköre in großer Auswahl zu billigsten Preisen.

Dürkheimer Feuerberg - Rot per Flasche inkl. Flasche u. Steuer 15,60 Mk.

Heinr. Rausch, Weinhandlung Nordsstraße 50. Tel. 4561. J. H. Rob, Weinhandlung Windmühlenstr. 26. Tel. 7421.

la starke **HASEN** sehr billig!
gestreift nur 65 Mk.

Hainstr. 21 Tel. 3353. Leipziger Wild-Zentrale Hainstr. 21 Tel. 3363.

Zur Wiederrichtung d. wirtschaftlichen Sorge Pa. amerikan. Schmalz, Pfd. Mk. 23,50

Pa. frischen Speck Pfd. Mk. 23,50

Pa. frischen Talg Pfd. Mk. 22,50

Süßzenwurst Pfd. Mk. 10.— Knoblauchwurst Pfd. Mk. 12.— Kleine Delikateß-Schinken (eigener Schlachtung) Pfd. Mk. 28.—

Mehl-Werner

Floßplatz 5 Fernnr. 6462.

Hausfrauen, verlangt nur

Dr. Detter's Backpulver



das altbewährte

Neues Theater.

Klugstücksplay. (Nachdruck verboten.) Donnerstag, den 22. Dezember; Vorstellung für den Verein. Deutsche Bühne: Der Freischütz. Anfang 7 Uhr. Freitag, den 23. Dezember: 204. Mittwoch. Vorstellung (6. Folge, gest). Hänself und Gretel. Vorber. Die Puppenfee. Anfang 7 Uhr. Sonnabend, den 24. Dezember: Geschlossen.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Play. (Nachdruck verboten.) Gernert 1416. Donnerstag, den 22. Dezember 1921. Deutsches Theater - Auguste-Schillerverein 2d.

Der singende Film.

Drama in drei Rollen von Alfrid Krusell. In der Szene gespielt von Alfrid Krusell. Personen: Wendefeu (Arik Ester); Frau Wendefeu (Margarete Anton); Süßland (Wilhelm Engels); Frau Süßland (Thekla Menz); Veronika Süßland (Agnes del Socio); Gallus (Herbert Höhner); Vogeltröd (Heinz Reiff). Der Schauspiel ist auf der Auerischen Neurung.

Aufführung nach dem 2. Akt. Renditionen vorbehalten. Rückgabe von Eintrittskarten wegen Umbesetzungen ausgeschlossen. Eintritt 7 Uhr. Schillerkarten ungültig. Freitag, den 23. Dezember: Deutsches Theater, zugleich Schillerverein 2d. Der singende Film. Anfang 7 Uhr. Sonnabend, den 24. Dezember: Geschlossen.

Neues Operetten-Theater.

Vorsetze (Nachdruck verboten.) Gernert 1416. Donnerstag, den 22. Dezember 1921.

Der Zigeunerbaron.

Operette in 3 Akten. Nach einer Erzählung W. Jokais von J. Schnitter. Musik von Johann Strauß. In der Szene gespielt von Josef Groß. Musikal. Leitung: Otto Hindorf.

Personen: Admira Lupan, ein reicher Schmelzherr im Danube (Hugo Stellwag); Adrena, seine Tochter (Magda Berger); Sando Berlinat, ein junger Emigrant (Ernst Sudmann); Conci Cornero, Königliche Kommissar (Fritz Trautmann); Mirabella, Erzieherin im Hause Lupan (Emma Adoratz); Ottosar, ihr Sohn (Günther Buch); Graf Peter Homann, Obergespan des Temese Comitatus (Hermann Engelmann); Calista, Algenmerin (Hermine Lobe); Salia, Blaueimerin (Margarete Nöhner); Dali, Josai, Ferzo, Milana, Daniels, Alphonse (Doris Hoff); Georg Heldener, August Nobiswald, Karl Schleifer, Paul Schröder; Anna, Ferli, Anna, Rosalie, Adrenas Freunden (Friederike Pollier, Magdalene Arnowitz, Joh. Bernreiter, Grete Uhl); Adran, Lupans Nachbar (Anton Eichler); Geppl, ein Wiener Schuhjunge (Agnes Freude); Wilma, Schlossnacht (Hans Späring).

Schaffnerei, junge Eltern, Zigeuner, Zigeunerinnen und Zigeuner-Haber, Juwelen, Martenierinnen, Jagen, Hosenherren, Goldbauer,

Volt usw.

Art der Handlung: 1. Akt: Temeseer Banane; 2. Akt: In einem gewundene Dorf; 3. Akt: Vor Wien.

Zeit der Handlung: Beginn Mitte des achtzehnten Jahrhunderts.

Während der Oberwelt kein Nutzen.

Aufführung nach dem 1. und 2. Akt.

Renditionen vorbehalten.

Rückgabe von Eintrittskarten wegen Umbesetzungen ausgeschlossen. Eintritt 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Freitag, den 23. Dezember: Die lustigen Abfertigungen. Anfang 7½ Uhr.

Sonnabend, den 24. Dezember: Geschlossen.

Krystall-Palast

Theater Temp. 2071

Täglich abends 1/8 Uhr:

Der grosse vorzügliche Varieté-Spielplan.

Am 1. und 2. Weihnachtsfeiertag: Grosse Nachmittags-Vorstellung. Ermäßigte Preise. Ermäßigte Preise.

Battenberg

Varieté. Anfang 8 Uhr Das Kolossal-Varieté-Programm! u. a.

Das Zersägen einer Frau in zwei Teile auf offener Bühne

Battenberg-Theater. Anfang 8 Uhr

Extra-Vorstellung unter persönlicher Mitwirkung des Herrn Direktor Paul Baumgarten und einiger Varieté-Kräfte

„Mit vollen Segeln.“

Lebensbild mit Gesang u. Tanz von Hugo Schulz. Morgen: „Mit vollen Segeln.“

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 und Zigarren-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstrasse 6.

Weihnachts-Angebot!

II. Döllardinen Dose von 6.50 M.

Größte Auswahl in II. Fisch-Konserven zu billigen Tagespreisen.

Lebende Spiegelkarpfen Pf. 16 M.

in allen Größen.

II. geräucherter Male.

Zum Heringsalat empfohlen

II. zarte Vollheringe Pf. von 1.50 M.

bis zur feinsten Qualität.

Bis Ende des Jahres

Ohne Geld gegen Abgabe von 10 Pf. Zeitungspapier

5 Pf. II. zarte Vollheringe

2 Pf. II. Herings-Rogen

1 Pf. Herings-Milch

25 Stück Bouillon-Würfel.

Spezial-Herings- u. Fischwaren-Großhandl.

Walter Baumann

Telefon 60 721 Wurzner Strasse 2a.

Strumpf-Eulitz

Gamaschen

Für Damen

Damen-Trikot-Gamaschen

1/2 lang, sehr warm und preiswert Mk. 28.50

Damen-Tuch-Gamaschen

helle Farben, Stiefelhüte Mk. 38.75

Für Kinder

Trikot

marine und braun, besonders preiswert Mk. 12.75

Gestrickt

Wolle, sehr haltbar und warm, bis 4 Jahre passend Mk. 15.75

Prima reine Wolle

mit Perlmuttknöpfchen, sehr elegant, in schwarz, rot, leder, mode und weiss Mk. 39.75

Gamaschen-höschen

gestrickt, schwarz, gut sitzend Mk. 39.75

Versand nur gegen Nachnahme.

Auf
vielseitigen
Wunsch!

Auf
vielseitigen
Wunsch!

Lichtspiel-Oratorium

CHRISTUS

Sämtliche Aufnahmen sind Originalaufnahmen der heiligen Stätten aus Palästina und Ägypten. Alle bisher gezeigten Bilder, welche das Leben und Leiden Jesu darstellen sollten, sind gegen dieses Kunstwerk in keiner Hinsicht zu vergleichen.

Die Aufführung unsres

Lichtspiel-Oratoriums

ist und bleibt ein Triumphzug auf dem Gipfel der Lichtspielpflege. Wir bringen dieses von der Reichenberglerung als kulturhistorisch anerkanntes Kunsterwerk mit großem Orchester sowie Orgelbegleitung zur Aufführung.

Einlad: Abends 7 Uhr

Einlad: Nachmittags 4 Uhr.

Alberthalle Krystall-Palast

Licht-U.T. Spiel

Ab heute Donnerstag

Leipzig im Zeichen einer grossen Überraschung

Der Monumental-Ausstattungs-Sittenfilm

Olga Frohgemuth:

Der Roman einer Verlassenen

Nach dem gleichnamigen Roman

In der Hauptrolle:

Dora Kaiser als Olga Frohgemuth

Ferner:

Telef. 3187 Die preisgekrönte Spielratte!

Lustspiel in 3 Akten

mit Erika Gläsner

und Curt

Vespermann

Einlad: 3187, Auf. 4 Uhr

J.M.KUNZEL

Telef. 3187

Lustspiel in 3 Akten

mit Erika Gläsner

und Curt

Vespermann

Einlad: 3187, Auf. 4 Uhr

Hainstr. 19.

Einlad: 3187, Auf. 4 Uhr

Einlad: 3187, Auf. 4 Uhr